Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 151 13. NOVEMBER 1976

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 koln
der andere buchladen
zulpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tubingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:
1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

ID–MITTEILUNG

Die Frankfurter Rundschau brachte zwischen dem 28. und 30. Oktober einen dreiteiligen Bericht über den Frankfurter Gefangenenrat. In der letzten Folge ging der FR-Redakteur Hermann Lammert – Verfasser der drei Berichte, auch auf den ID ein.

Hermann Lammert, Frankfurter Rundschau:
„Der ‚Nachrichtendienst' des Gefangenenrats, der seit geraumer Zeit nicht mehr erscheint, ist durch den , Frankfurter Informationsdienst, ID genannt, als Informationsblatt für Häftlinge ersetzt worden. Die Herausgeber, die in der Hamburger Allee 45 angesiedelt sind, geben sich als Studenten und Journalisten aus und legen Wert auf den Hinweis, daß sie sich ein e.V.(eingetragener Verein) anhängen und somit jeglicher Anonymität unverdächtig seien.

Ihre Aufgabe sehen die etwa 20 Mitglieder darin, zu veröffentlichen, „was die bürgerliche Presse an Nachrichten unterdrückt" oder „ihnen zu wenig nachgeht". Man erklärt, mit dem Gefangenenrat nichts zu tun zu haben, wenngleich man auch das Gründungsjahr und manche Veröffentlichung gemein hat. Bevorzugte Themen im ID sind Berichte über Anarcho-Szenen in der Bundesrepublik und im Ausland, die Stammheimer Justizvollzugsanstalt und die Veröffentlichung von Gefangenenbriefen."

Dazu haben wir zweierlei gemacht: einmal unser Recht auf Gegendarstellung wahrnehmen/eine solche geschrieben. Unsere Erfahrung dabei war, daß die Gegendarstellung eine Farce ist, wenn wir die Möglichkeiten des jeweiligen Schreibers bzw. der Redaktion, die den Artikel herausgegeben hat, betrachten. Da nur Tatsachenbehauptungen angegriffen werden können, fällt so etwas wie Stimmungsmache durch Vermutungen, Verdrehungen, Hinweis auf angeblich Gesagtes raus. Ein gutes Beispiel dafür ist unsere Gegendarstellung, die nach zweitägiger Prüfung durch den FR-Rechtsanwalt dann am 9.11. veröffentlicht wurde:

Gegendarstellung
In Ihrem Fortsetzungsbericht über den Frankfurter Gefangenenrat behaupten Sie in der 3. Folge (FR vom 30.10.76)
1. der Frankfurter Informationsdienst – ID – habe den Nachrichtendienst des Gefangenenrats als Informationsblatt für Häftlinge ersetzt. Diese Behauptung ist falsch. Unser „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten – ID –" ist keine Nachfolge- oder Ersatzpublikation, für irgend etwas anderes. Er ist auch kein Informationsblatt für Häftlinge, sondern wendet sich mit Nachrichten an jedermann.

2. Weiter behaupten Sie, die Herausgeber des ID gäben sich als Studenten und Journalisten aus und hängten sich – um jeglicher Anonymität unverdächtig zu sein – ein e.V. an. Richtig ist, daß viele Mitarbeiter des ID Studenten und Journalisten sind und daß der Trägerverein im Vereinsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter Register-Nummer VR 66/3 seit dem 9.April 1975 eingetragen ist.

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Der Vorstand: Walter Spruck

Da bleibt also nichts mehr übrig, wenn der juristische Rechen mal drübergegangen ist.
Als zweites haben wir einen Brief/Artikel geschrieben, der sich ausführlicher einläßt und der der Frankfurter Rundschau als Leserbrief zugegangen ist.

INLAND

ÖTV–VERTRAUENSLEUTE GEGEN KKW BROKDORF

FRANKFURT (ID) 5.November

Von der ÖTV-Vertrauensleute-Leitung der Flughafen-AG Frankfurt bekamen wir den folgenden Brief an die Bürgerinitiative Unterelbe. Die Vertrauensleute haben außerdem einen Brief an die ÖTV Schleswig-Holstein geschrieben und um Aufklärung für deren Engagement für das KKW Brokdorf gebeten.

„Mit Empörung haben wir von dem harten Polizeieinsatz durch die Landesregierung Schleswig Holstein gegen die Aktionen Eurer Initiative Kenntnis genommen.

Damit hat die Landesregierung massiv gegen den Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gegen Menschen bei der Wahrnehmung demokratischer Bürgerrechte verstoßen und die Menschenwürde mit Füßen getreten.

Durch den Einsatz von Hundestaffeln, berittener Polizei, Werkschutz, Chemical Mace, dreifacher Stacheldrahtverhau, Drahtgitterzaun, Wassergraben und Lichtanlage sollt Ihr daran gehindert werden, Euren Rechten und Forderungen, Nachdruck zu verleihen. Wenn die Landesregierung glaubt, Atomkraftwerke einfach über die Köpfe der davon Betroffenen hinweg planen und bauen zu können, lacht sie mit diesen Praktiken allen Bürgerrechten und demokratischen Verfahren Hohn.

Hand in Hand damit geht die Verunglimpfung aller derer, die sich wehren. Ob in Wyhl, Brokdorf oder bei Wahrnehmung von Grundrechten an anderer Stelle, immer mehr macht man sogenannte ‚Chaoten' für die Proteste verantwortlich, um so von der Berechtigung der Bürgerproteste und den wirklich Schuldigen abzulenken.

Gerade wir auf dem Flughafen setzen uns täglich mit den Problemen der gesundheitlichen Schäden durch Umweltbelastungen auseinander und lehnen gerade deshalb die Schaffung bzw. die Erhaltung von Arbeitsplätzen um j e d e n Preis ab.

Mit solidarischen Grüßen für einen erfolgreichen Kampf.

ÖTV-Vertrauensleute-Leitung
Flughafen AG Frankfurt/Main"

DREI ‚FIKTIVE' MELDUNGEN

BROKDORF (ID) 30.Oktober 1985

30.10.85: Im KKW Stade kam es heute zu einem weiteren Störfall. Durch ein Überdruckventil im Primärkreislauf des Reaktors traten mehrere 100 Liter hochaktiven Dampfes aus. Ein nachgeschaltetes Sicherheitsventil konnte ein größeres Unglück verhindern, sodaß die Werksleitung von einem Routine-Störfall spricht. Der Dekontaminationstrupp einer eigens für solche Fälle gegründeten Spezialfirma wird nun in Schutzanzügen anrücken und die Entseuchung der betroffenen Räume vornehmen.

4. 11.85: Auf der Autobahn Hamburg-Hannover kam es heute infolge dichten Nebels und regennasser Fahrbahn zu einer Serie von Auffahrunfällen, in die auch ein Transporter, der mittelaktive Abfälle geladen hatte, verwickelt wurde.
Er hatte u.a. mehrere Behälter mit Filtrierschlämmen aus den KKW's an der Unterelbe an Bord, die sich, da der LKW bei dem Aufprall umkippte und eine Böschung hinabstürzte, öffneten.
Infolge der tagelangen feuchten Witterung verteilten sich die flüssigen Abfälle schnell über ein 30 - 50 qm großes Gebiet und drangen in den Erdboden ein. Zur Stunde ist eine Spezialfirma damit beschäftigt, auf dem betroffenen Gelände das Erdreich bis zu 2 Meter Tiefe abzuräumen und ins Salzbergwerk Asse II zu transportieren.

13.11.85: Glückstadt/Elbe: 350 Demonstranten trafen sich heute zu einer Protestkundgebung am Bauplatz des Schnellen Brüters bei Glückstadt. Sie forderten eine Einstellung des Bauvorhabens und erinnerten an die erfolgreiche Verhinderung des geplanten KKW's Brokdorf vor neun Jahren. Die Schleswig-Holstein ische Landesregierung sprach von einer Handvoll „Verrückter" und ließ die Demonstranten durch die Bereitschaftspolizei auseinandertreiben.

(aus: Symbiose. Nr. 8)

KKW–BAUPLATZ BROCKDORF 30.Oktober 1976

NATURWISSENSCHAFT

Höchstens siebzehn
war er und vom Land.
Acht graue Männer
trugen ihn
sehr vorsichtig
fast lautlos
um Durchgang bittend
durch die Menge.
Der Körper
ich sah besonders die
sehr kleinen Hände
zuckte
zuckte
zuckte.
„Beschäftigt euch erst mal
mit Naturwissenschaft",
hatte Minuten vorher
ein Truppführer
zu mir gesagt,
„bevor ihr hier protestiert!"
und dann seinen Leuten
sehr ruhig Befehle gegeben.
Naß war das Gesicht des Jungen,
krampfrot und starr.
Tränen und
Chemikalien.
Bringt ihn zum Krankenwagen,
hörte ich,
die Polizei hat welche ...
Nicht die Polizei, schrie
der Junge
er hatte eine ganz helle Stimme,
nicht die Polizei.
Sie schleppten ihn weg
und
dann kam die Wolke vom
Wasserwerfer rüber
alle husteten und
zogen die Köpfe ein
aber
das war nachmittags
und abends
fingen sie erst richtig an.

——— steve b. peinemann

KOMMENTAR EINER HOLLÄNDISCHEN TAGESZEITUNG ZU BROKDORF

Die Ereignisse vom letzten Wochenende in Brokdorf haben eins klargemacht: die BRD ist auf dem besten Weg, ein undurchschaubarer Polizeistaat zu werden. Wedies nicht erkennen will, ist (sehend) blind.

Wie ist es möglich, daß in einer Demokratie Versprechungen von seiten der „Obrigkeit" von heute auf morgen, ja selbst von einer Stunde auf die andere gebrochen werden können? Wie ist es möglich, daß, obwohl für die Bevölkerung der Schein aufrecht erhalten wird, daß sie mitbestimmt, genügend Informationen erhält und daß der Bau den gesetzlichen Vorschriften entspricht, dennoch mit den Bauvorbereitungen begonnen wird? Dies geht nur in einer Scheindemokratie. Wenn in einem Landsich die Obrigkeit solcher Praktiken bedient, wie in Brokdorf, wo bei Nacht und Nebel ein Bauplatz abgesperrt wird, dann ist dies nicht durch die „extremen linksradikalen Gruppierungen" bedingt, sondern durch das extreme Verhalten der Obrigkeit. Ein Verhalten, welches Beunruhigung unter breiten Schichten der Bevölkerung leugnet und lediglich industriellen Interessen dient.

Brokdorf ist eine harte Lektion und eine Warnung zugleich. Brokdorf hat gezeigt, daß eine Bevölkerung, die sich durch die Polizei einschüchtern läßt, verloren ist. Brokdorf hat andererseits das wahre Gesicht der Atomindustrie gezeigt.

Brokdorf darf keine Entmutigung sein. Brokdorf muß eine Motivation dafür sein, noch mißtrauischer Atomplänen gegenüber zu stehen und Aktionen aus der Bevölkerung noch gründlicher vorzubereiten.

Aus dem „eisigen" Klima in der BRD mußte notwendigerweise ein Brokdorf entstehen. Laßt in unserem LAnd nie ein Brokdorf entstehen.
(aus:Winschoter Courant, 1.11.76)

ZUM BOMMI-PROZESS: DER FREISPRUCH HAT ZWEI SEITEN

MÜNCHEN (ID) 9. November Ende Oktober sind Herbert Röttgen und Gisela Erler (Trikont-Verlag) von dem Vorwurf freigesprochen worden, sich durch die Herausgabe des Bommi Baumann-Buches „Wie alles anfing" schuldig gemacht zu haben (ID Nr. 149, 148). Zum Freispruch in diesem Prozeß hat Herbert Röttgen eine Erklärung abgegeben:

„Der Bommi-Prozeß dauerte sechs Tage und endete mit einem Freispruch durch die Staatsschutzkammer des Landgerichts München. Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Das Ergebnis, über das wir uns erst einmal freuen,hat zwei Seiten. Einmal handelt es sich dabei um einen eindeutigen Sieg. Einen Sieg der Öffentlichkeit über die Justiz. Denn es besteht kein Zweifel, daß nur unter dem Druck der zweiten Ausgabe und der wohlwollenden bis engagierten Berichterstattung vor allem der ausländischen Presse dieses Urteil gefällt wurde. Der Fall Baumann war zu absurd, zu widersprüchlich, zu willkürlich. Er ließ auch alle Leute aufhorchen und etwas sagen, die bei anderen Literaturverboten lieber schweigen. Die Staatsanwaltschaft, die immerhin neun Monate mit Bewährung forderte, hatte das in ihr Machtkalkül nicht eingeplant. Vor allem ihr Vertreter, Dr. Gehrig, wird unter dem Ausgang zu leiden haben, denn ihm kann man ohne Schwierigkeiten nachweisen, daß er in München mit linken Publikationen tabula rasa und damit auch Karriere machen wollte. Die Blattprozesse tragen fast alle seinen, bei aller Bürokratie zum Teil phantasiereichen Stempel. Für diesen verbissenen kleinen Doktor im schwarzen Talar könnten auch die folgenden Prozesse gegen das Blatt zu einer Niederlage werden, wenn es gelingt, eine dem Bommi-Fall entsprechende Öffentlichkeit herzustellen.

Zum anderen war und ist der Freispruch eine Verschleierung. Eine größere Anzahl von Presseorganen sah in ihm den Beweis, daß es in der Bundesrepublik doch nicht so schlimm sei. Die „Zeit" überschrieb ihren Bericht:„Eine Zensur findet nicht statt". Die Radiosendung „Notizbuch" sah in dem Prozeßausgang sogar eine Niederlage der Linken, da jetzt der Gegenbeweis zur allgemeinen Repressionsentwicklung erbracht worden wäre. Sicher war der Fall Baumann eine wahre Freude, um daran den Unterdrückungsmechanismus in der BRD zu entlarven. Doch wer auf solche absurden Vorkommnisse wartet, um darüber Einsicht zu erhalten, was hier gespielt wird, der macht es sich von vornherein zu leicht. Der Fall hat seine Aufklärungsfunktion gehabt – das wichtigste aber war, daß er mit der Neuherausgabe zu einem Moment des Widerstandes wurde, mit dem die Herrschenden in Zukunft bei anderen Literaturverboten rechnen müssen.

Klar war auch, daß das Gericht dem Buch bei einem Freispruch eine eindeutig pazifistische Konzeption unterschieben mußte. Das ist und kann nicht unsere Position sein und ich glaube auch nicht diejenige Bommis. Er beginnt sein Buch mit den Worten „Ich habe keine Message!". Für ihn war der Ausstieg aus der Stadtguerilla ein persönlicher Entschluß und keine politische Leitlinie – und das ist vor allem auch von der Linken zu respektieren. Wir haben den Prozeß immer in dem Bewußtsein geführt, daß er vieldeutig ist, daß er sowohl die Dimension der Liebe als auch die des „Terrors" ausdrückt.

Aber ungelöste zum Teil widersprüchliche Charaktere sind der Justiz nicht vorstellbar. Damit teilt sie das Bewußtsein eines nicht geringen Teils des linken und alternativen Lagers. Was nun die weitere Entwicklung im Trikont-Verlag anbelangt, so können wir auf jeden Fall über einen Punkt eine klare Aussage machen: „Eine Selbstzensur findet nicht statt."

5 JAHRE GEORG VON RAUCHHAUS

BERLIN (ID)
8. November

Zu unserer Fünfjahresfeier haben wir,das Georg von Rauchhaus-Kollektiv, einen Artikel geschrieben, der gleichzeitig auch eine Einladung ist:
Unser Haus ist ein besetztes Haus in Berlin-Kreuzberg. Es wurde besetzt, weil wir Arbeiterjugendlichen das Bedürfnis hatten, unabhängig und selbständig zu leben. Wir besetzten ein guterhaltenes Gebäude in einem Viertel, wo Arbeiter unter unmenschlichen Bedingungen leben.

5 Jahre Georg von Rauchhaus war ein ständiger Kampf um die Erhaltung unserer Selbständigkeit. Der Senat versuchte zuerst mit 25000 DM uns und unsere Selbständigkeit zu kaufen. Nach einem halben Jahr von uns praktizierter Selbstorganisation versuchten der Senat, die Bullen, die Presse und Justiz uns mit Terror zu ihrem Werkzeug zu machen. Selbst nach Erlangung des Nutzungsvertrages 1973 nahm der Terror kein Ende. Es wurden 7 Razzien und andere Schikanen gegen unseren Widerstand durchgeführt.

Die Parteien versuchten mit Lügenpropaganda, wie auch in diesem Jahr die CDU, gegen uns vorzugehen. Wir setzten jedoch, in Form von Flugblättern, dem die Wahrheit entgegen.

Jeder von uns geht arbeiten, zur Schule oder macht eine Lehre. Unseren Lebensunterhalt bringen wir selber auf. Die Arbeiter geben mehr ab, damit die Lehrlinge und Schüler noch genug Geld zum Leben haben. Einmal die Woche ist Vollversammlung. Dort diskutieren wir über alle Probleme, die wir so haben und lösen sie, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, gemeinsam. Wir beschließen die Aufnahme von Neuen, sprechen über Arbeitslosigkeit der Einzelnen, regeln gemeinsame Arbeiten im Haus wie saubermachen, kochen und renovieren und diskutieren über politische Aktionen.

Der vom Senat aufgesetzte Nutzungsvertrag läuft 1978 ab, trotz alledem kämpfen wir weiter für das Haus.

Alle ehemaligen Rauchhausgenossen und die, die das Rauchhaus kennenlernen wollen,sind am 10. und 11. Dezember zum Fünfjahresfest eingeladen. Wir informieren über uns, andere Gruppen aus Berlin, zeigen Filme, es gibt Musik zum Tanzen, zu Essen, zu Trinken und jede Menge Leute zum Diskutieren.
(Georg von Rauchhaus Kollektiv, Mariannenplatz 1a, U-Bhf Kottbusser Tor, 1000 Berlin 36)

ANTIREPRESSIONSFEST IM JUGENDZENTRUM

FRANKFURT (ID)
11.November

Am 20.November 76 findet im Jugendzentrum Bockenheim in der Varrentrappstraße 38 ab 17 Uhr ein Solidaritätsfest statt. Dabei geht's um alte und neue Aktionen der Bullen, Hausdurchsuchungen, Anklagen wegen der 10.Mai-Demonstration.

Anwälte werden über die Situation in Stammheim berichten, über politische Gefangene und auch ihre eigene Situation.

Außerdem soll ein antiimperialistischer Film (Quemada mit Marlon Brando) laufen und Dave Corner wird Musik machen.
Das Eintrittsgeld von 3,- wird für das Anwaltskollektiv in der Zeiselstraße sein, weil die in einer beschissenen finanziellen Situation sind.

Antirepressionsgruppe im JuZ

POLIZEIEINSATZ GEGEN BESETZTES HAUS

FRANKFURT (ID)
9.November

Einmal im Monat macht das Hauskollektiv des besetzten Hauses Bockenheimer Landstraße 93 im Keller ein Fest zugunsten eines politischen Zwecks. Diesmal wollten wir Geld aufbringen für das Murray-Defence-Commitee, das gegen Todesurteile von Noel und Mary Murray kämpft, die in der Republik Irland gehängt werden sollen.

Wir haben ein paar Nachbarn, die uns nicht mögen und jedesmal die Polizei rufen, so daß auch diesmal wieder ein Streifenwagen der Polizei vorfuhr, um für mehr Ruhe zu sorgen. Doch das Gegenteil sollte eintreten. Die Polizeibeamten versuchten erst gar nicht ernsthaft, die zuständigen Gastgeber zu erreichen oder holen zu lassen, sondern zogen wieder ab, nachdem sie irgend jemanden angesprochen hatten.

Wenig später, gegen drei Uhr morgens, stürmte eine Einsatzstaffel des Überfallkommandos mit Kampfanzug,Helmen,Schilden und Schlagstöcken sowie einem scharfen Polizeihund ausgerüstet, in unseren Keller, in dem sich etwa 200 Gäste und Genossen befanden, die dort tanzten, Bier tranken und diskutierten.

Die Bereitschaftspolizisten knüppelten am Kellereingang mit Schlagstöcken auf die Gäste ein und versprühten verbotenerweise (in Räumen) die ‚chemische Keule' Chemical Mace. Daraufhin flippte der Hund aus und biß wie wild um sich. Einer Frau biß er tief ins Bein, einer anderen in die Brust. Beide mußten mit dem Notarztwagen ins Krankenhaus gebracht werden. Das derart gereizte Tier (blutrot unterlaufene Augen) machte auch nicht vor zwei Polizeibeamten halt – einer davon in Zivil – und biß sie ebenfalls. Nur dem entschlossenen Einsatz einiger Hausbewohner war es zu verdanken, daß keine Panik ausbrach. Ein Hausbewohner, der nach dem Grund des Einsatzes und dem Einsatzleiter fragte, wurde hin und hergeschickt und schließlich mit Schlagstöcken geprügelt.

Die Polizei präsentierte weder einen Hausdurchsuchungsbefehl noch erklärte sie ‚Gefahr im Verzuge'. Anschließend nötigten die Polizisten die Anwesenden, den Keller zu räumen. Während etwa die Hälfte der Besucher sich durch den Ausgang an den Polizisten und dem scharfen Hund vorbeidrängten, gelang es einem beherzten Genossen, die Polizisten mit dem Hinweis auf unser Hausrecht aus dem Keller zu verweisen.

Inzwischen hatte sich vor dem Haus eine erregte Menge angesammelt, die über diese brutale Provokation lautstark diskutierte. Schon flogen die ersten Flaschen gegen die Polizisten, doch konnten wir die Genossen von einer sich anbahnenden Straßenschlacht zurückhalten, was in dieser Situation Wahnsinn gewesen wäre.

Der sinnlose Polizeieinsatz zeigte, daß der Einsatzleiter sich weder über die Situation noch ihre Konsequenzen im klaren war. Soll man es Verantwortungslosigkeit, Fahrlässigkeit, Dummheit oder mangelnde Verhältnismäßigkeit der Mittel nennen?
Wir beabsichtigen, gegen die Verantwortlichen Strafanzeige zu stellen.

Eine Presseerklärung des Hauskollektivs über Telex an dpa, FR, FAZ und FNP zur Richtigstellung des tatsächlichen Ablaufs wurde von der bürgerlichen Presse ignoriert. Stattdessen wurde die Stellungnahme der Polizeipressestelle veröffentlich. Darin wird u.a. behauptet, der Einsatz von CM-Gas in geschlossenen Räumen wäre bei Notwehrsituationen durchaus erlaubt und in diesem Fall notwendig gewesen.

Hauskollektiv

PROZESS WEGEN MAI–REVOLTE IN PREUNGESHEIM

FRANKFURT (ID)
11.November

Am Donnerstag findet gegen Thomas Wolfgang Becker ein Prozeß wegen Gefangenenmeuterei statt. Im Mai 76 traten viele Gefangene in Preungesheim in den Hungerstreik, um damit gegen die unmenschlichen Maßnahmen in dieser JVA und gegen jede Form der Isolationshaft in der BRD zu protestieren.

Nach den Protestaktionen sind ca. 15 sogenannte Rädelsführer in andere Knäste verschleppt worden. Es wäre gut, wenn möglichst viele zu diesem Prozeß kommen würden, um damit Thomas W.Becker unsere Solidarität zu zeigen. Ein Beteiligter, Adolf Schlosser, wurde schon zu 8 Monaten wegen dieser Mai-Revolte verurteilt.

Der Prozeß findet am Donnerstag, den 18.November 76 um 9 Uhr im Gebäude A, Raum 202 in Frankfurt statt.

PROZESSE GEGEN PAULSKIRCHENBESETZER

FRANKFURT(ID) 10. November

Zur Zeit finden in Frankfurt verstärkt Prozesse statt, in denen versucht wird, die 50 Besetzer der Paulskirche vom 26.10.75 zu kriminalisieren.

Im September 1975 wurden in Spanien 11 Todesurteile gegen Mitglieder der ETA und der FRAP verhängt. Die Urteile wurden in Schnellverfahren gesprochen. Sie beruhten ausschließlich auf schriftlichen Geständnissen, die mit grausamer Folter erpresst worden waren.

Am 27.9.75 bildeten Demonstranten einen Fackelzug von der Universität zum Opernplatz. Nachdem die Polizei diesen Fackelzug zerschlagen hatte, besetzten 50 von ihnen die Paulskirche. Sie wählten diesen Ort, weil die Paulskirche ein Symbol für den Kampf des deutschen Volkes gegen die Tyrannei und für demokratische Freiheitsrechte ist. Vor der Besetzung wurden Presse und Rundfunk benachrichtigt. Es bestand die konkrete Chance, daß die Meldungen über die heftigen internationalen Kampfaktionen die spanischen Faschisten vor der Ermordung der 5 Patrioten, Antifaschisten und Kommunisten zurückschrecken lassen.

Dennoch vertrieb die Frankfurter Polizei mit brutaler Gewalt die Paulskirchenbesetzer aus der Kirche und sperrte sie 1 1/2 Tage lang in die Zellen des Polizeigefängnisses. Sie wurden in Vorbeugehaft gehalten, um zu verhindern, daß sie sich einem für den 27.9.75 genehmigten (!) Demonstrationszug anschließen könnten. Alle Paulskirchenbesetzer wurden erkennungsdienstlich behandelt.Das hinderte den Magistrat nicht daran, nach dem Tod der 5 Patrioten Halbmast zu flaggen und zwei Tage später Strafantrag wegen „Hausfriedensbruchs" zu stellen.

Jeder Paulskirchenbesetzer erhielt einen Strafbefehl über 100.- Wer nicht freiwillig vor der bürgerlichen Klassenjustiz zu Kreuze kriecht und eine Buße zu zahlen bereit ist, wird kriminalisiert. Die meisten Paulskirchenbesetzer sind nicht bereit, die Besetzung als eine „Störung der öffentlichen Ordnung" anzuerkennen, für welche die Buße zu zahlen ist. Daß die Besetzung der Paulskirche eine sinnvolle und geeignete Form des Kampfes gegen die Terrorurteile ist und daß mit solchen weltweiten Kampfaktionen die spanischen Faschisten tatsächlich von dem Mord abzubringen waren (im Gegensatz zu den leeren Solidaritätsphrasen der SPD, welche vorher nichts tat und nachher Halbmastflaggen ließ.)

Prozeßtermine: 18.11. 9^00^, Raum 166, Gebäude B,
9.12., 8.30, Raum noch unbekannt,
22.12., 14^00^, Raum 283, Gebäude A,
28.1.77, 10^00^, Raum 156, Gebäude B.

Das Paulskirchenkomitee trifft sich außerdem jeden Montag, 19.30 im Henninger-Eck, Rohrbachstr./Ecke Rotlindstr.

FÜNF HAUSDURCHSUCHUNGEN

WIESBADEN (ID) 10. November

Am 2. November waren zwischen 8.30 Uhr und 9 UHr morgens in Wiesbaden fünf Hausdurchsuchungen. In zwei Wohngemeinschaften, zwei elterlichen Wohnungen von Genossen und der KBW-Druckerei sind sie gewesen. Die Lokalzeitungen haben am nächsten Tag nichts davon berichtet. Als Anlaß nahmen die Bullen ein in Wiesbaden erschienenes Flugblatt, das steckbriefartig neun Fotos von Buskontrolleuren und u.a. Tips für organisiertes Schwarzfahren veröffentlichte. In diesem Zusammenhang benutzten die Polizisten noch die Begriffe „Vergehen gegen das Pressegesetz" und „§ 88a". Die Hausdurchsuchungen liefen in verschiedener Art ab. Während sie in der einen Wohngemeinschaft mit einem Mannschaftswagen und mehreren Zivilfahrzeugen vors Haus gefahren sind und das Haus umstellten, bewaffnet mit MPs, Megaphon, Kameras, Funkgeräten etc. spielte sich die Hausdurchsuchung dieser anderen Wohngemeinschaft leiser ab. Es drängten sich dort ca. zehn bis zwölf Zivile in die Wohnung. Wie üblich haben sie alles mögliche mitgenommen, von fünf Mercedessternen über Flugblätter bis zu einer Schreibmaschine. Die meisten Sachen haben sie wieder zurückgegeben.

DREI GENOSSINNEN NACH LÜBECK VERLEGT

HAMBURG (ID) 11.November

Am Freitag, den 5.11. wurden Irmgard Möller, Ilse Stachowiak und Christa Eckes still und heimlich in den Frauenknast nach Lübeck verlegt. Dieser Knast gilt als besonders ausbruchsicher (auf der einen Seite die DDR-Grenze, auf der anderen die Elbe). Es wurde anscheinend extra für die RAF/2.Juni-Genossinnen ein neuer Trakt gebaut. Neben Irmgard, Ilse und Christa sind schon Annerose Reiche und Brigitte Asdonk im August von Berlin nach Lübeck verlegt worden.

Schreibt an die Frauen: JVA Marliring 41
2400 Lübeck

AUS DER SERIE: POLIZEIALLTAG

NEUBURG (ID) 11.November

Für das ‚Pfälzer Tageblatt' war es offensichtlich neu. In der Ausgabe vom 10.November druckte es den Bericht eines Bürgers ab, dem sich die Polizei „nicht gerade als Freund und Helfer erwiesen" hat. Unter der Überschrift „In den Klauen der ‚Geheim'-Polizei" berichtet Heinz Weisenburger:

„Ich betreibe ein Sandwerk im Bereich des Karlsruher Rheinhafens. Mit gewerbeaufsichtlicher Genehmigung arbeitete ich in der Nacht vom Samstag, dem 30.Oktober, auf Sonntag, den 31.Oktober, in meinem Betrieb. Gegen 2.30 Uhr verließ ich diesen. Mein Fahrzeug hatte ich vor dem Gelände geparkt. Nachdem ich erst wenige Meter gefahren war, blockierte mich plötzlich ein unbeleuchtetes Fahrzeug, das sich unmittelbar vor mich gesetzt hatte. Ein Mann stieg aus dem Wagen und näherte sich mir mit gezogener Pistole. Der Mann gab sich weder als Polizeibeamter noch als Kriminalpolizist zu erkennen. Als er schließlich in einer Entfernung von 2 Metern von meinem Wagen entfernt immer noch die Waffe auf mich gerichtet hatte, fuhr ich in panischer Angst davon. Es gelang mir, den Verfolger einigermaßen abzuschütteln.

Nachdem ich die Rheinbrücke bereits passiert hatte und mich schon auf rheinland-pfälzischem Gebiet befand, wurde ich von Polizeibeamten mit ‚roter Kelle' gestoppt. Ich fühlte mich erlöst und erklärte den Beamten sofort, was mir widerfahren war. Im gleichen Augenblick hielt das Fahrzeug, das mich bisher verfolgt hatte,ebenfalls hinter mir. Einige Männer sprangen aus dem Wagen und zerrten mich aus meinem eigenen Fahrzeug. Zu diesem Zeitpunkt war ich unter dem Eindruck eines Schocks kaum mehr in der Lage, mich auf den Beinen zu halten.

Die Polizeibeamten durchsuchten mich ergebnislos nach Waffen, wühlten mein Fahrzeug von vorn bis hinten durch und warfen sämtliche Geschäftspapiere, die ich auf den Sitzen liegen hatte, durcheinander.

Zu diesem Zeitpunkt erschien dann schließlich rheinland-pfälzische Polizei — es handelte sich um Beamte der Schutzpolizei-

Inspektion Kandel –, die mich sofort erkannten. Die Sache klärte sich dann sehr rasch auf. Weder meine Verfolger noch die Karlsruher Polizeibeamten, die mich an der Brücke gestoppt hatten, fanden irgendein Wort der Entschuldigung. Man gab sich auch keine Mühe, das Fahrzeug wieder in Ordnung zu bringen. Die Karlsruher Polizisten fuhren kurzerhand wieder ab, während mich unsere Kandeler Polizeibeamten zu meiner Wohnung nach Neuburg geleiteten.

Bei allem Verständnis für das Durchgreifen der Polizei und auch unter Würdigung der Tatsache, daß die Karlsruher Kripobeamten der Ansicht waren, es handele sich in meinem Falle um einen Dieb, finde ich kein Verständnis für das Verhalten dieser Leute mir gegenüber. Das Mindeste, was man von ihnen hätte erwarten müssen, wäre gewesen, daß sie sich sofort als Polizisten zu erkennen gegeben hätten. Nichts dergleichen ist geschehen. Somit fühlte ich mich zunächst in Lebensgefahr und von Verbrechern verfolgt. Was hätte alles passieren können; ich war am Ende meiner Nervenkraft."

ERKLÄRUNG ZUM FALL GÜNTER HANISCH

WIESBADEN (ID) 9. November

Die Rote Hilfe Wiesbaden hat zum Fall des Gefangenen Günter Hanisch (siehe auch ID Nr. 131), der am 2. Juni mit einem selbstgebastelten Schußapparat den Butzbacher Anstaltsleiter Künkeler erschoss, eine Presseerklärung verfaßt:

„Am 2.6.76 wurde der Leiter der Justizvollzugsanstalt Butzbach von dem Gefangenen Günter Hanisch erschossen.

Günter Hanisch:
Geboren in Berlin; als Kind Opfer von Mißhandlungen seines nervenkranken Vaters; mehrmals vom Elternhaus ausgerissen; zweimaliger Abbruch der Schreinerlehre, deren schließliche Vollendung in der Fürsorgeerziehung; zwischendurch 6 Wochen Knast; Krieg, Soldat, Antifaschist; Rettung von 18 Juden an der Front, daraufhin vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt; Flucht, erneute Festnahme, Verurteilung wegen Fahnenflucht; Einlieferung ins KZ; in den letzten Kriegstagen abkommandiert zum „Frontbewährungsbataillon"; Kriegsgefangenschaft; Heirat; Nachkriegsjahre arbeitslos; Ehe gescheitert; Knast, Irrenhaus, Knast.

1960: Verurteilung vom Schwurgericht Wiesbaden zu lebenslänglich und 15 Jahre und Sicherheitsverwahrung wegen „Mordes" an einem Polizisten, „Mordversuch" an zwei Polizisten, „schweren Raubes" und eines angeblichen „Sittlichkeitsdeliktes".

Zur Tatzeit befand sich Günter in einem psychischen Ausnahmezustand, war unzurechnungsfähig. Dies wurde jedoch weder von dem Prozeßgutachter noch vom Gericht zur Kenntnis genommen. Außerdem wirft Günter zwei Polizeizeugen vor, Meineide geschworen zu haben. Seine Richter (übrigens sämtlich Altnazis wie auch sein damaliger Pflichtverteidiger) sollen, um die Zeugen zu schützen, sich der „Rechtsbeugung" schuldig gemacht haben. Günter stellte mehrere Wiederaufnahmeanträge für sein Verfahren. Nach Ablehnung seines letzten Wiederaufnahmeantrages wurde es ihm zur Gewissheit: „Ich durfte kein Recht erhalten. In einer neuen Verhandlung würden die Amtsverbrechen der damaligen erkennenden Richter ans Tageslicht kommen." Und so beschloß er zur Durchsetzung seines Rechtes (Wiederaufnahme) Gewalt anzuwenden.

Am 2.6.76 nahm er mit einem selbstgebastelten Schußapparat bewaffnet eine Sekretärin des Butzbacher Anstaltsfürsorgers als Geisel. Er versicherte ihr: „Bitte bleiben sie ruhig, es passiert ihnen absolut nichts." Er wollte das Erscheinen seiner damaligen Richter, seines Verteidigers, des Staatsanwaltes und des Protokollführers im Wiesbadener Gericht vor der Fernsehkamera erzwingen. „Dort sollen mir die Rechtsbeuger vor dem zuschauenden Volk Rede und Antwort stehen. Die Bürger der BRD sollten erfahren, wie damals in Wiesbaden von den Berufsrichtern das Recht mit Füßen getreten wurde."

Als ersten Schritt dazu wollte er über Telefon im Hessischen Rundfunk eine etwa 6-minütige Erklärung verlesen: Daß er lieber sterben wolle, als weiter hinter Gittern zu sein. 16 Jahre ohne ein Fünkchen Liebe, ohne ein Kinderlachen, das sei kein Leben; noch nicht mal vegetieren könne man das nennen – es heißt tot sein und doch leidensfähig usw. Am Schluß sollten seine Forderungen folgen.

Aber zu dem Telefonat kam es nicht. Vor dem Fürsorgezimmer wurde eifrig beraten, wie man die Geiselnahme beenden könnte. Günter vernahm dies und hielt es für nötig, einen Warnschuß abzugeben. Er schoß gegen einen Schrank, der vor einer Tür zum Fürsorgezimmer stand. Im gleichen Augenblick wurde die Tür aufgerissen und der Schrank umgestoßen. Anstaltsleiter Künkeler, der ins Zimmer stürmen wollte um Hanisch zu überwältigen, wurde von dem Schuß tödlich getroffen.

Hanisch wurde überwältigt, zusammengeschlagen, nach Kassel verschubt, dort für längere Zeit im Krankenrevier gehalten. Danach wurde er in eine stinkende Kellerzelle mit Sichtblende gesteckt – in Totalisolation. Einige Zeit später: Verschiebung nach Schwalmstadt, wo er noch immer in Isolationshaft sitzt (das nach 16 Jahren), aber wos ihm mittlerweile wieder besser geht.

Hanisch hat nicht aufgegeben. Inzwischen hat er einen Anwalt seines Vertrauens, worum er sich 16 Jahre erfolglos bemüht hatte. Schreibt ihm mal! G. Hanisch, Paradeplatz 5, 3578 Schwalmstadt.

Unmittelbar nach der Tat hieß es: „Dies ist die Tat eines Einzelgängers" meinte Günter (hessischer Justizminister), „Vermutungen daß Anarchisten mit dem Fall zu tun haben, haben sich nicht bestätigt." Frankfurter Rundschau (FR), 3.6.76. Staatsschutz und Medien verfolgten die Linie der Psychiatrisierung Hanischs: „Hanisch galt als ein „äußerst schwieriger" Gefangener. Im Vollzug erwies er sich nach den Maßstäben der Anstaltsleitung als „wenig angepaßt". Dies äußerte sich auch in einer Flut von Briefen und Eingaben, die er an Behörden und Presse richtete." FR, 3.6. Man sprach von Hanischs „zunehmender Psychopathologie", „die eher seinen Aufenthalt in einem psychiatrischen Krankenhaus als den weiteren Verbleib im normalen Strafvollzug rechtfertige."FR, 3.6.

Doch man besann sich eines Besseren:
Am 9.6. gab der Leiter der Frankfurter Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Groh, vor der Presse die Verhaftung von zwei Männern und einer Frau bekannt. Einen Tag später stellte sich ein weiterer gesuchter Genosse freiwillig der Polizei. „Sie sollen an der Beschaffung von Pulver und Zündkapsel für den selbsgebauten Schußapparat beteiligt gewesen sein, mit dem der Häftling Hanisch den 53jährigen Direktor der hessischen Strafvollzugsanstalt tötete." Wiesbadener Kurier (WK), 10.6.

Aus der Geschichte des Gefangenen Hanisch machte man die Geschichte einer sogenannten Anarchistengruppe, des „Gefangenenrates Frankfurt". Selbst das Datum (2. Juni) mußte als Beweis einer Verbindung Hanischs mit dem Gefangenenrat herhalten.

Behilflich bei dieser Konstruktion war das inhaftierte Gefangenenratsmitglied Günter Gerlach, der zum V-Mann umgedreht wurde. Gegen sofortige Freilassung, finanzielle Entlohnung, eine Wohnung und besonderen Polizeischutz bei bevorstehenden Verhaftungen, machte er Aussagen gegen die anderen Inhaftierten des Gefangenenrates. Nach seiner Freilassung sollte er zu den anderen Mitgliedern des Gefangenenrates Kontakt aufnehmen, Informationen sammeln und belastendes Material schaffen (siehe seine eigene Erklärung in der FR vom 29.5. und Brief an die Anwälte.).

Nicht einmal eine Woche später wurde der Plan in die Wirklichkeit umgesetzt. Gerlach belastete die vier Verhafteten: „Der in Butzbach inhaftierte Gefangene Günter Gerlach habe als Zeuge ausgesagt, er habe das in der Justizvollzugsanstalt eingeschmuggelte Schießpulver während eines Sozialurlaubs vom 8. bis 18.7.75 im Laufe eines Gesprächs, an dem auch Mitglieder des Gefangenenrates beteiligt gewesen seien, erhalten." (WK, 2.7.76).

Die Glaubwürdigkeit von Gerlachs Angaben kann man auch daran ermessen, daß einer der angeblich bei dem Gespräch anwesenden Gefangenenratsmitglieder inzwischen freigelassen werden mußte, weil er nachweisen konnte, daß er sich in der in Frage kommenden Zeit in Italien befand.

– Nach vorläufiger Festnahme im September 75 von 6 Leuten
– nach Verhaftung von vier Mitgliedern des Gefangenenrates im Dezember 75, die heute noch in U-Haft sitzen, wird also der Tod Künkelers zum Anlaß genommen, um erneut 4 Leute zu verhaften, von denen sich noch 2 in Haft befinden, und die Arbeit des Gefangenenrates vollends zerschlagen.

Auf der anderen Seite die Verdrehung der Aktion Hanischs, seine Darstellung als vom Gefangenenrat gedungener Mörder. Der Versuch den wahren Hergang, die wahren Motive der Aktion zu verschleiern; der Versuch, zu verhindern, daß sich andere Gefangene in dieser Aktion wiederfinden, sie sich zu eigen machen.

„ARCHIPEL BUBACK" — PSYCHIATRISIERUNG EINES POLITISCHEN GEFANGENEN

GÖTTINGEN (AB/ID) 11.November

„Die Höhe der Strafe hat sich vornehmlich nach der Gesinnung, den Beweggründen und den Zielen des Angeklagten zu richten."

(Aus der Urteilsbegründung gegen Ray Recke).

Das ist das Leitmotiv der Anklage gegen Politische Gefangene in der BRD. Damit wird auch im Prozeß gegen Ray Recke aus Göttingen argumentiert, der im Herbst 1974 auf die Ermordung von Holger Meins mit (fehlgeschlagenen) Brandlegungen gegen Institutionen der Universität (Gerichtsmedizin), der Stadt (Steueramt) und gegen einen Polizeitransporter reagierte. Er war gerade nach zwei Jahren Haft aus dem Hamelner Knast entlassen worden, hat geheiratet, Freunde gefunden, einen Job als Drucker und im Chile-Komitee gearbeitet. Die Ermordung von Holger Meins betraf ihn unmittelbar, weil er sich selbst im Knast mit Hungerstreiks gegen Isolations-Haft gewehrt hat. Dort wurde Isolation gegen ihn angeordnet, weil er Artikel für die Knast-Zeitung schrieb und sich für die Interessen seiner Mitgefangenen einsetzte.

Nach seiner Verhaftung '74 ist er also wieder nach Hameln gekommen, um den Rest seiner Strafe abzusitzen, da er in der Bewährungszeit ‚rückfällig' geworden ist. Danach, Ende 75 kam er in Göttinger U-Haft, wo ihm wegen der Brandanschläge der Prozeß gemacht wurde. Ein von der Staatsanwaltschaft beantragtes psychiatrisches Gutachten, das von dem Leiter des Landeskrankenhauses in Göttingen erstellt wurde, besagt, daß eine therapeutische Behandlung in einer offenen Anstalt angebracht sei; da aber keine entsprechende Institution vorhanden sei, plädiere er für Freilassung auf Bewährung. Daß die Gutachter dennoch außer überdurchschnittlicher Intelligenz auch eine „erheblich gestörte Beziehung zu seiner Umwelt" festellten und „seelische Spannungssituationen, löste er durch aggressive , oft auch strafbare Handlungen", ebnete auch im Prozeß gegen Ray Recke den Weg zur Psychiatrisierung, letzte Maßnahme der Staatsgewalt, wenn die Anpass ung (sprich: Resozialisierung) durch den Knast schon nicht erfolgreich ist.

Er wird verurteilt zu 2 Jahren 3 Monaten Strafhaft und sofortiger Einweisung ins Landeskrankenhaus. Seit bald einem Jahr sitzt er im Verwahrhaus, hat auch dort schon 30 Tage Isolation zu spüren gekriegt und darf nur vom Rechtsanwalt, seiner Mutter und seiner Frau besucht werden. Das Landgericht hat die Berufung und Zurückverlegung in den Knast abgelehnt; die letzte juristische Instanz, das Oberlandesgericht in Celle wird demnächst entscheiden, ob Ray Recke möglicherweise sein ganzes Leben in der Zelle des Landeskrankenhauses verbringen soll („unbegrenzte Verwahrung").

Wir rechnen damit (der Verteidiger auch), daß die Entscheidung gegen Ray getroffen wird, denn „das Gericht sieht ebenfalls den vom Angeklagten bestätigten Zusammenhang (zwischen dem Tod von Holger Meins) und den zur Last gelegten Handlungen".

Eine langfristige psychotherapeutische Behandlung der Aggressionsbereitschaft sei nötig, denn seine „Straftaten sind vornehmlich Rachegefühl gegen die Justiz..." „...sie machen ihn für die Allgemeinheit gefährlich."

Was wirklich gefährlich ist, ist seine jetzige Lage im Verwahrhaus. Die Justiz hat gemerkt, daß er im Sinne der Staatsgewalt nicht mehr gebessert und tugendhaft werden kann. Der Staat hat die Möglichkeit, ihn in einer psychiatrischen Anstalt unschädlich zu machen; die Psychiatrie ist die Krone der Kontrolle über Körper und Geist, da wird die Disziplinierung vollständig.

Wir wollen uns hier nicht empören und lamentieren, sondern wir wollen, daß die Wirklichkeit kapiert wird. Schweigen und verängstigtes Zusehen sind Krücken und Ziel des gemein(sam)en Spaziergangs von Justiz und Psychiatrie. Unser Risiko ist, daß es uns genauso gehen kann, wie Ray, aber wenn wir dieses Risiko nicht eingehen, stecken wir uns selbst ins Verwahrhaus. Laßt von euch hören, wenn ihr ähnliche Fälle kennt und was dabei erfolgreich und erfolglos unternommen wurde!

Kontaktadresse: (hier stammt auch der Bericht her)
‚Archipel Buback'
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10, 3400 Göttingen

Ray Recke
zur Zeit Landeskrankenhaus
Rosdorfer Weg 70
3400 Göttingen

POLIZEI BESETZT KINDERTAGESSTÄTTE

FRANKFURT(ID) 11. Oktober

Eine neue Stufe der Repression im sozialen Bereich in Frankfurt deutet sich an: Durch Bullengewalt wurde am Abend des 11. November eine Informationsveranstaltung von Mitarbeitern und Eltern der Kindertagesstätte im Frankfurter Nordend verhindert. Schon vor Beginn des Treffens wurde die Kita durch die Bullen besetzt. Die Veranstaltung war — nach einem vorangegangenen Kinderfest — zur Diskussion über den Konflikt zwischen der Stadt und den Erziehern aus dieser Kita geplant. Im Frankfurter Nordend sind die Versorgungsmöglichkeiten für Kinder katastrophal; die Stadt will die Kita 103 mit insgesamt 80 Kindern überlasten (jetzt 61) — dies lehnen die Betreuer im Interesse der Kinder und der Rahmenbedingungen ab und fordern dagegen Rücknahme angedrohter Kündigungen und ein Kinderhaus im Nordend.

APFEL- UND KARTOFFELAKTION 1976/77

STUTTGART (ID) 10. November

Nach dem großen Erfolg der Apfelaktion im letzten Jahr haben die jungen Landwirte beschlossen, dieses Jahr weiterzumachen. in ihrem Flugblatt schreiben sie:

Die Apfelernte ist in diesem Jahr sehr unterschiedlich. Je nach Gebiet und Standort ist der Ertrag gut, mittel oder gar schlecht. Trotzdem machen wir wieder eine Apfelaktion!

WARUM ?

Wir sind im letzten Jahr, einem Jahr mit Rekorderträgen, an Sie als Verbraucher herangetreten und haben Sie um Hilfe gebeten. Das Verständnis, auf das wir gestoßen sind, war für uns so überraschend, daß alle Obstbauern, die sich an der Apfel aktion beteiligt haben, erklären:

„Die direkte Erzeuger-Verbraucher-Verbindung darf in einem Jahr mit schlechteren Erträgen nicht abgebrochen werden. Wir haben so viel Solidarität und Verständnis gefunden, daß wir diese Verbindung weiterpflegen möchten. Außerdem: Wenn wir die Höhe der Obstpreise betrachten, die der Verbraucher nach dem Umweg über die „Vermarktungswege" bezahlt, dann müssen wir erst recht weitermachen!"

Wir wollen in diesem Zusammenhang einmal auf eine Entwicklung hinweisen, die für uns als Erzeuger und für sie als Verbraucher schlimm ist: mit Milliarden von Steuergeldern wurde jahrelang die Bildung von Erzeugergemeinschaften und der Bau von Obstmärkten und Lagereinrichtungen subventioniert. Sie als Verbraucher hatten dabei sicher den Eindruck, daß dies „Subventionen für die Landwirtschaft" sind. Das stimmt nicht! Diese Einrichtungen dienen der Marktbeherrschung, und wir haben auch da, wo sie genossenschaftlich sind, nichts zu sagen. Auch der Weg zu Ihnen wird dadurch nicht kürzer und billiger!

Unsere Erzeugerpreise sinken!
Ihre Einkaufspreise steigen!

Die „Obstvermarkter" sehen nur darauf, daß ihre Kasse stimmt. Ob sie unsere Äpfel teuer in den Laden bringen oder zur Vernichtung in die Intervention geben, ist ihnen egal. Uns stellt man dabei den Verbraucher so dar, als ob er unser Gegner wäre.

Wir wissen das besser!
Wir denken an letztes Jahr!
Darum machen wir weiter!

Viele Grüße und guten Appetit
ARBEITSKREIS JUNGER LANDWIRTE

Kontakte für Verbraucher: 7000 Stuttgart 1, Neckarstraße 178, Tel.: 0711/26 43 45

Kontakte für Erzeuger: 7031 Bondorf, Bahnhofstr. 30, Tel.: 07457/8015

Zusätzlich zur Apfelaktion machen die Jungen Landwirte diesmal auch eine Kartoffelaktion. Nach Einschätzung des Stuttgarter haben bereits viele ihre Vorräte an Kartoffeln und Äpfeln für den Winter angelegt. Dennoch gilt das gleiche wie für die Aktion im letzten Jahr: ANRUFEN!

FASCHISTEN–AUFMARSCH UND DIE SCHWIERIGKEITEN BEIM KAMPF DAGEGEN

MANNHEIM(ID) 7. November

Nach dem Aufmarsch der jungen Nationaldemokraten am 23./24. Oktober fand am Sonntag, dem 7.11. die zweite große Faschistenveranstaltung in Mannheim innerhalb kürzester Zeit statt. Im Kurhaus des Mannheimer Stadtteils Käfertal versammelten sich auf Einladung der deutschen Volksunion (Vorsitzender ist der Herausgeber der deutschen nationalen Soldatenzeitung) ca. 800 Faschisten unter dem Motto: „Gerechtigkeit für Deutschlands Helden". Die Stadt Mannheim hatte zuvor ein Verbot der Veranstaltung ausgesprochen, das jedoch vom Verwaltungsgericht Karlsruhe wieder aufgehoben wurde. Lediglich die Enthüllung einer Gedenktafel zu Ehren des SS-Schergen Peiper blieb untersagt und wurde schließlich auch von der Polizei verhindert.

Der DGB und die bürgerlichen Parteien hatten zu einer Kundgebung in der Mannheimer Innenstadt aufgerufen – etwa 10 km von Käfertal entfernt. Für diese „Gegenkundgebung" wurde sogut wie garnicht mobilisiert, dementsprechend waren nur etwa 300 Leute gekommen. Am Ort des Geschehens selbst waren knapp 200 KBW-ler und etwa 200 andere Linke mit einem riesigen Polizeiaufgebot konfrontiert (ca. 8 Hundertschaften, Reiterstaffel etc.), das die Versammlungsstätte der Faschisten in eine Festung verwandelt hatte. Der KBW beschränkte sich auf eine Kundgebung 500 m von den Absperrungen entfernt und einer anschließenden Demonstration durch den Stadtteil. Die 200 anderen Genossen versuchten mit Sprechchören und Sperrketten einige der Faschisten zumindest symbolisch am Betreten des Saales zu hindern. Während die Polizei untätig zuschaute, wenn Faschisten in Schaftstiefeln und Reiterhose Naziembleme zur Schau stellten, bemühte sie sich mit Pferden und Knüppeln und Greiftrupps, die „linken Störer" zu vertreiben. Einige Genossen wurden festgenommen.

Es spricht für das Selbstbewußtsein der Faschisten, daß sie die Arbeiterstadt Mannheim (in die sich Hitler nie gewagt hatte) zum Versammlungsort wählten und für die Funktion einer sozialdemokratischen Stadtverwaltung und der örtlichen DGB-Führung einerseits und für die Schwäche und die Zersplitterung der Linken andererseits, daß das Vorhaben der Faschisten gelungen ist. Die Linken hatten nicht einmal ein Minimum an Konsens bezüglich des Vorgehens gefunden.

Die überregionale Presse, Radio und Fernsehen verschwiegen den Faschistenaufmarsch und die Gegendemonstration. Die lokale Presse berichtete mit den gewohnten Verharmlosungen auf der einen und Diffamierungen auf der anderen Seite. Drei Tage nach dem Fiasko trafen sich 50 organisierte und unorganisierte Antifaschisten zu einer überwiegend solidarischen Diskussion, auf der erste Ansätze zu einem zukünftig gemeinsamen Vorgehen deutlich wurden.

HAGENER VOLKSBLATT UND KLÜNGELKERL

HAGEN/DORTMUND (ID) 9. November

Im Ruhrgebiet gibt es zwei neue Alternativzeitungen: den Dortmunder „Klüngelkerl" und das Hagener Volksblatt. Das Volksblatt, mit einer Auflage von 5000 pro Monat, soll es ab Dezember an den Kiosken geben. In der Nullnummer der Hagener Alternativzeitung stand folgende Selbstdarstellung:

Was soll und was will diese Zeitung?
Angesichts der Pressekonzentration im Raum Hagen haben sich bis heute ca. 80 interessierte Bürger, Lehrlinge, Arbeiter, Schüler, Sozialarbeiter, Hausfrauen und Studenten zusammengefunden, um ihre eigene Zeitung zu machen: das Hagener Volksblatt.

Das Hagener Volksblatt will eine Zeitung von „unten" sein, eine Zeitung aus der Sicht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb, aus der Sicht der Bürger im Stadtteil, die sich gegen etwas wehren und für bessere Lebensbedingungen eintreten.

Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen machen mit: Bürgerinitiative Oedeweg e.V., Anonyme Alkoholiker, Initiative Abenteuerspielplatz Loxbaum, Arbeitsgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte sind Partner, Frauengruppen und andere.

Die Zeitung soll in erster Linie ein Lokalblatt sein, das Hagener Probleme beim Namen nennt. Das Hagener Volksblatt will die Informationen bringen, die die Hagener Tagespresse verschweigt oder entstellt wiedergibt. Bürgerinitiativen berichten über ihre Arbeit, Betroffene schreiben über: kommunale Fehlplanungen, unerwünschte Sanierung, Spielplatzmisere, Mietwucher, Umweltschutz, über Probleme der Obdachlosen und der Alkoholiker, über Vorurteile gegen Ausländer usw.

Wir wollen aber nicht nur die Probleme darstellen, sondern nach Möglichkeit auch zeigen, wie man sich dagegen wehren kann. Das Hagener Volksblatt ist eine Zeitung, die zwar parteilos ist, aber Partei ergreift.
(Hagener Volksblatt, c/o Jörg Hoppe, Buscheystr. 56, 58oo Hagen)

AN DIE ALTERNATIVPRESSE!
BETRIFFT KKW–BERICHT

Auf dem Volksblätter Treff war vereinbart worden, daß im Dezember ein gemeinsamer Artikel zum Thema KKW's erscheinen soll. Wir vom Kölner Volksblatt sollten allen interessierten Alternativzeitungen unseren Entwurf zur Verfügung stellen. Nach Rücksprache mit der Arbeitsgruppe bitten wir Euch, in den ID folgendes aufzunehmen:

„Wir halten es für das Praktikabelste, wenn jede Zeitung, die an dem Artikel Interesse hat, dies uns umgehend mitteilt. Wir schicken dann allen den fertigen Artikel ab 15.November zu.

Mit solidarischem Gruß Kölner Volksblatt"

Hohenzollernring 97
5000 Köln

Tel.: 0221/ 52 97 94

ZENSUR BEI DER FRANKFURTER NEUEN PRESSE

FRANKFURT/ID/HAUPTWACHE 11. November

Die Frankfurter Stadtillustrierte HAUPTWACHE berichtete in ihrer November Nummer über einen Fall von klassischer Zensur: die gesamte Auflage des „Taunus-Report", einer Beilage der Frankfurter Neuen Presse (FNP) wurde auf Geheiß der Chefredaktion kurz vor der Auslieferung samt und sonders eingestampft. Eine Journalistin hatte die Beilage, nicht zum ersten mal, in Eigenverantwortung zusammengestellt. Für die Ausgabe am 30.September hatt sie zu dem Themenbereich „Frauen" Artikel zusammengestellt über „Frauen nach der Scheidung", „Frauen in Beruf und Politik", „Frauenbewegung" und „Abtreibung". Chefredakteur und Erzkatholik Robert Schmelzer bekommt die Beilage

noch einmal kurz vor Erscheinen auf den Tisch und findet, die in den Frauenartikeln zum Ausdruck gebrachte Meinung sei unvereinbar mit den Grundsätzen der FNP. Für diese Grundsätze jagt er sogar die gesamte Auflage durch den Reißwolf - war sicher nicht billig.

Anstelle der zensierten Seite über Probleme der Abtreibung läßt er in der Ausgabe vom 1. Oktober Kalauer über das patriarchalische Frauenbild verbreiten: „Mit Parfümduft locken die Frauen zu allen Zeiten" erfährt nun Leser und Leserin; und „Blickfang: Glänzendes, duftiges Haar" mit Ratschlägen für normales, trockenes und fettiges Haar.

Der ursprünglich vorgesehene Artikel hieß: „Flucht in die Illegalität: ich habe abgetrieben". Er berichtete über die Geschichte einer Studentin, die in einer holländischen Klinik abtreiben ließ, über ihre Probleme und Gedanken zu diesem Schritt. Dazu Informationen über das Frankfurter Frauenzentrum, über die Pro Familia Beratung und eine 218 Moritat von F.J Degenhardt.

„Das widerspricht der Meinung unserer Zeitung. Das verwirrt unsere Leser." meinte der stellvertretende Chefredakteur Bürkle. „Mit ein paar Verkleisterungen, mit ein paar Blumengirlanden, so war zu spüren, wäre noch einiges zu retten, die Begnadigung zu erreichen gewesen. Aber das wollten wir nicht. Die Einwilligung in den Kniefall, das Einverständnis mit der Gartenschere im Artikel herumzuschneiden wäre Abhängigkeit, wäre Zensur, wäre Verleugnung der Pressefreiheit gewesen. ...Ich will nicht meine Feder jenen opfern, die ein kritisches Wort für Majestätsverbrechen halten und, wenn ihnen die Meinung mißfällt, mit der Bestrafung von Millionen anderer ahnungsloser Leser drohen. Es war blanke Erpressung, die verübt worden ist. Es geht auf ein indirektes Berufsverbot hinaus."

Dies könnte man für eine Protesterklärung der betroffenen Redakteure halten - aber keinesfalls. Chefredakteur und Chefzensor Robert Schmelzer selbst hat sie verfasst. Im Mai dieses Jahres allerdings, als streikende Drucker einen allzu frechen Leitartikel Schmelzers aus dem Satz herausließen. Über ähnliche scharfe Reaktionen nach der Zensur des Frauenartikels ist nichts bekannt.

MARKTFORSCHUNGSINSTITUT UNTERSUCHT LINKSRADIKALE

HEIDELBERG (ID) 11.November Das Institut für angewandte Sozialpsychologie, 69 Heidelberg,Höhenstraße, macht zur Zeit eine Untersuchung über Linksradikale. Besitzer dieses Insituts – eine GmbH & Co.KG – ist Horst Novak und seine Frau. Hauptsächlich betreibt dieses Institut Marktforschung. Zum Beispiel für die Firmen Bosch, Sprengel-Schokolade, Lufthansa, Mercedes, BMW, Herta-Wurst.

Außerdem arbeitet die Firma regelmäßig für die SPD. Herr Novak schreibt auch Reden führender SPD-Mitglieder mit, nachdem er„gute gängige Parolen gefunden und getestet" hat. So soll beispielsweise dieser Satz von ihm stammen, den Herr Brandt auf einer Wahlrede losließ (sinngemäß): „Sozialismus ist, wenn die Post in staatlichen Händen ist und Freiheit ist, wenn die Post privatwirtschaftlich organisiert ist und Aufsichtsratsvorsitzender Herr Strauß."

Direkter Auftraggeber von Novaks Linksradikalen-Untersuchung ist die Infra-Test, die regelmäßig Untersuchungen für das „Institut für politische Bildung" macht hinter dem das Innenministerium unter Minister Maihofer steht. Nach einer schon abgeschlossenen Voruntersuchung soll jetzt eine „Sozialanamnese" (‚Geschichte der Erkrankung an Linksradikalität') bei 90 Linksradikalen, je 30 in Nord-, Süd- und Westdeutschland erhoben werden, in der die gesamten Lebensdaten (Sozialisation etc.) erhoben werden. Auch die Einstellung der Linksradikalen zu allgemeinen Lebensfragen soll erforscht werden. Der zu analysierende Linksradikale bekommt 100 Mark für das gegebene Interview, das eine Dauer von vier bis fünf Stunden hat (das ist übrigens ganz entgegen der Gepflogenheiten des Instituts Novak, dort gehen die Interviewten immer leer aus, wenn für Bosch etwc. geforscht wird). Der Interviewer bekommt 100 Mark pro Interview, zusätzlich 50 Mark für den Kontakt. Es darf nicht so einfach für die Damen und Herren sein, einen Linksradikalen zu finden – deshalb sagt's weiter!

AA - ORGANISATION IN DIE NATO ?

FRANKFURT(ID) 10. November Die Kommunen der AA Organisation (AA-Analyse von Otto Mühl entwickelt) haben mit ihrem Konzept von gemeinsamer Produktion, freier Sexualität und Gruppenselbstdarstellung viele Leute im linken Dunstkreis fasziniert. Die Informationen über das ganz und garnicht faszinierende Innenleben der AAO führten langsam aber sicher zu einem Klärungsprozess. Im ID 146 brachten wir eine Erklärung vom Kieler Frauenzentrum, welches die Frauen der AA-Kommune ausgeschlossen hatte. Im offiziellen Organ „AA-Nachrichten' von Anfang Oktober, trägt nun die AAO auf begrüßenswerte Weise zu diesem Klärungsprozeß bei - ähnlich wie der KBW mit seinem „Fischmehl" Zitat. Entwickelt wird ein AA-Wehrkonzept aus dem wir einige Ausschnitte zitieren:

„Der Siegeszug der Konsumgesellschaft und ihre Ausbreitung über die gesamte Welt kann durch kein anderes Gesellschaftssystem verhindert werden, , weil sie eine notwendige Voraussetzung im historischen Bewußtwerdungsprozeß der Menschen ist.

Die AAO hat an der Verteidigungsbereitschaft der Konsumgesellschaft ein großes Interesse, solange Zwangssysteme und Zwangsstaaten noch immer ihre gesellschaftliche Energie in Wahnideen artikulieren. Die AAO bekennt sich daher restlos zur westlichen Demokratie und ihrer militärischen Verteidigung ohne daran zu zweifeln, daß sie in fast allen Dingen noch verbesserungswürdig ist. Aus diesem Grunde stellt die AAO dieses AA-Wehrkonzept für die westlichen Demokratien auf, an dem sie bereit ist, auch mitzuwirken."

Es folgt eine Skizzierung dieses Wehrkonzepts, das die AA-Lebensform, gemeinsame „Wehrarbeit" von Frauen und Männern und Wehrübungen auf Lebenszeit zur Voraussetzung hat.

Bei den Stellungsnahmen der AAO zur Weltpolitik könnte man meinen, Göbbels habe da Pate gestanden. „Es fehlt eine [illegible] gesunde Führungsnation, es fehlt den Nationen an Krankheitseinsicht. Die Führungsnation muß nicht eine Großmacht sein. Viele kleine Völkerpatienten könnten sich unter Führung einer kleinen gesunden Weltgestalternation mit Krankheitseinsicht zu einer weltweiten gemeinsamen politischen Gruppenselbstdarstellung und Weltgestaltung zusammenschließen und auch auf diese Weise auf die aggresiven Großmächte bewußtseinsverändernde Wirkung ausüben. Der Kern dieser neuen Weltgestaltung müßte von Ländern wie Frankreich, Deutschland, England, Italien, Belgien,Holland, Dänemark, Schweiz, Österreich und den skandinavischen Ländern ausgehen."

WEIHNACHTSLAGER FÜR LESBEN

HEIDELBERG (ID) 11.November Das LAZ Heidelberg, Gaisbergstraße 52, 69 Heidelberg schreibt:

Liebe Frauen, in diesem Jahr gibt es nicht nur ein Weihnachtslesbenlager, sondern zwei. Das eine organisieren die Frankfurterinnen, das andere wir aus Heidelberg.
Mit unserem Lager möchten wir hauptsächlich Frauen aus dem süddeutschen Raum ansprechen, da die Kontakte zwischen den Gruppen ziemlich schlecht sind. Wir sehen das Lager als eine gute Möglichkeit, das zu verbessern, wie auch einzelne, unorganisierte Lesben kennezulernen.

Da wir Weihnachten sowieso nicht im Kreis der Heiligen Familie verbringen wollen, wollen wir diese freien Tage für uns nutzen. Wir haben eine Art Naturfreundehaus im Odenwald gefunden, wo nur das Hausmeisterehepaar da ist und wo wir auch selbst kochen können. Das Haus hat 42 Betten.

Der Termin: vom 20.12. bis 29.12.

Kosten für alles, inklusive, haben wir auf 150 Mark geschätzt. Bitte meldet euch so schnell wie möglich an. Anmeldeschluß ist der 30.11. Schickt uns den Anmeldezettel zu und überweist 150 Mark auf folgendes Konto:

Bezirkssparkasse Heidelberg, Lesbenkonto
Ch.Hirschhorn; Konto-Nr. 1304143

genaue Lagebeschreibung. Bringt Schlafsäcke und Bettlaken mit, und, wenn ihr Lust habt, Weihnachtsgebäck.

ZWEI VERANSTALTUNGEN: TON, STEINE, SCHERBEN – BALL BRÜHWARM

HAMBURG (ID) 10. November

Am 19.11. tritt die Rockband Ton, Steine Scherben im Hamburger Audimax auf. Die Scherben haben mit den Gruppen Embryo, Missus Beastly und Sparifankal eine eigene Plattenproduktion „April Records" aufgebaut, die sich als Gegenmodell zu den kommerziellen Plattenfirmen versteht. Das Hamburger Konzert wird von der schwulen Theatergruppe „Brühwarm" organisiert, die über ihre Veranstaltung am Tag darauf informiert:

„Am Samstag, dem 20.11., steigt ab 18 Uhr in allen Räumen der Uni-Mensa, Schlüterstraße, der „Ball Brühwarm", ein Alternativfest zum normalen Kulturbetrieb, wo sehr viele Schwule, normale Kultur für ein normales Publikum produzieren. Wir betreiben alternative schwule Kulturarbeit, wo wir Schwulen unsere Situation zum Ausdruck bringen und uns mit der „normalen Welt" auseinandersetzen. Von dieser „Unkultur" gibt es mehr als man/frau denkt. Wir haben für den 20.11. so viel Unkultur wie möglich zusammengetrommelt zu einem Fest für alle, die schwule (und andere) Unkultur sehen, schmecken, hören, riechen, fühlen wollen, können, sollen, mögen.

Ballsensationen:

- die schule Theatergruppe Hot Peaches aus New York spielt ihr Stück: The Queen of Sheridan Square
- die Songgruppen der schwulen Aktionsgruppen aus Berlin, München, Frankfurt singen ihre neuesten Hits
- Felix Rexhausen und andere lesen aus ihren Werken
- Ton Steine Scherben treten live auf, so lange wie sie Bock haben.
- Die Brühwarms machen die one and only strip-transi-show
- die Berliner Mann-o-männer spielen aus dem Stück: Halt mich bis zum Morgen
- aus Bielefeld kommt der brandneue 55-Minuten-Kinofilm: Rosa Winkel – das ist doch schon lange vorbei.

Dazu Leckereien aus dem vegetarischen Restaurant „Lorien", Bücher aus der „Hälfte des Himmels", natürlich eine heiße schwule Diskotek, eine Plakatausstellung, eine Tombola, eine Schminkecke zum Anmalen und eine Videoecke zum nachher angucken. Und special guests mit special surprises – Rosa von Praunheim, Martin Dannecker und viele andere. Der Eintritt kostet 6 Mark. das Geld das übrigbleibt, wird zur Finanzierung der neuen Brühwarm-Produktion „Männercharme" verwendet.

Für Auswärtige organisiert die Homosexuelle Aktion Hamburg (HAH) die Verteilung von Schlafplätzen."

Kontakt über HAH, c/o „Flohmarkt" Hamburg 50, Altona, Fischmarkt – Buttstr. 50/Ecke Carsten-Rehder-Str.

(Das erste Stück der Theatergruppe „Brühwarm – ein schwuler Jahrmarkt" wird auf einer Tournee noch einmal aufgeführt. Die Termine sind: 24. 11. in Lüneburg, 25. 11. in Bremen und 27. 11. in Heidelberg)

AUTONOMES FRAUENREFERAT IM ASTA DER PH

BERLIN (ID) 8. November

Die Fraueninitiative an der Pädagogischen Hochschule Berlin (PH) ist während eines Streikes im Sommersemester 1967, der gegen die Angriffe auf die verfasste Studentenschaft gerichtet war, entstanden. Wir betrachten uns als Teil der unorganisierten, linken Bewegung an der PH, die gegen Herrschaftsstrukturen und politische Unterdrückung in allen Bereichen: an der PH und im täglichen Leben kämpfen wollen. Unseren Kampf wollen wir mit Frauen und für Frauen führen. Darum haben wir ein autonomes Frauenreferat im LAUS-ASTA (Laus – Liste aktiver, unorganisierter Studentinnen(en)). Das heißt, wir bestimmen die Form und die Inhalte unserer Politik.

beit und Privatleben, wie sie in den meisten Gruppen vorherrscht, aufzuheben. Wir machen zur Zeit: Schwangerschafts- und Verhütungsberatung, Studentinnenberatung; wir geben eine Zeitung heraus und planen eine Frauenveranstaltung.

Es gibt folgende Gruppen: Lesbengruppe, Theatergruppe, Frauen und Kindergruppe, Internationalismusgruppe, Frauen und Ökologie, Studienkollektive. Damit wir uns über unsere konkrete Arbeit verständigen können und unsere Erfahrungen mit der Uni-Frauenpolitik austauschen, wollen wir uns mit Frauen aus Frauenreferaten, solchen, die welche aufbauen wollen, und dem Frauenasta aus Frankfurt im Januar 1977 treffen. Wir stellen uns die Koordination über uns vor. Schreibt uns, ob ihr Interesse an einem solchen Termin habt, und schickt uns Vorschläge oder Fragen, die wir dort thematisch behandeln könnten. Frauenreferat Asta PH, Westberlin, Malteserstraße 74-160.

KONGRESS GEGEN PRAXISSEMESTER

KAISERSLAUTERN(ID) 8. November

Vom 19. 11 bis 21.11.76 findet in Kaiserslautern ein Prozeß zu Praxissemestern statt." Der ASTA der Fachhochschule Kaiserslautern führt in Zusammenarbeit mit dem Projektbereich Bildungsplanung in der VDS diesen Kongress durch. Mit der Umwandlung der Ingenieuschulen in Fachhochschulen wurden zwei sogenannte Praxissemester zusätzlich zum sechssemestrigen Fachhochschulstudium gesetzlich vorgeschrieben.

In jüngster Zeit ist die Forderung erhoben worden, die Praxissemester auch in allen anderen Bundesländern und Westberlin einzuführen. Da die Bereitstellung von Praktikantenplätzen im allgemeinen lukrativere Ergebnisse versprechen dürfte, könnte die Praxissemesterregelung die Lehrstellenzahl weiter verringern. Nach dem Andrang von Abiturienten auf Lehrstellen, müßte diese Regelung die Chancen von Hauptschülern auf einen Ausbildungsplatz weiter verringern. Während Mangel an Lehrstellen und Jugendarbeitslosigkeit die Szene beherrschen, drängen die Unternehmerverbände auf die Einführung von zwei Praxissemestern in der Fachhochschulausbildung.

Der Kongress soll die Aktivitäten auf örtlicher Ebene bundesweit zusammenfassen und eine Vereinheitlichung der Vorgehensweise gegen die Praxissemester erarbeiten.

Kommilitonen aus Bayern und Baden-Würtemberg werden über die praktischen Erfahrungen mit den Praxissemestern berichten. Aus den anderen Bundesländern kommen Berichte, die darlegen, wer, derzeit die treibenden Kräfte sind, um die Praxissemester einzuführen. Im Rahmen des Kongresses findet am 19.11.76 um 20⁰⁰, in der Neuen Eintracht, Kaiserslautern eine Podiumsdiskussion zu Praxissemestern statt. Für das Podium sind Vertreter der Fachhochschulrektorenkonferenz, der Arbeitgeberverbände, der Gewerkschaften und der Studenten vorgesehen." Der Kongress beginnt am Freitag, 19.11. um 9.30 in der Aula der Fachhochschule. Er endet am Sonntag, 21.11.76.

INTERNATIONALES

GROSSE DEMONSTRATION DER IRA FÜR „FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT"

BELFAST (ID) 9. November

Am 23.10. riefen sowohl die provisorische IRA als auch die Gruppe um die Betty Williams-Frauen zu getrennten großen Demonstrationen in Belfast auf. Betty Williams Pressesprecher McKeown, ein ehemaliger Disc-Jockey, versprach seinerseits eine Beteiligung von 30000 Menschen, so daß sich die Provisionals „nicht wiedererkennen würden".

„Frauen-Friedenbewegung". Betty Williams, die derzeit inflatorisch internationale Preise und Gelder sammelt ,erklärte im ITV (Fernsehen) um 10.40 Uhr, sie sei dadurch „geschockt" gewesen! Der britische „Guardian" berichtete: „Der pro IRA-Marsch, komplettiert durch Dutzende von spielenden Bands, erntete bei der Bevölkerung wärmeren Applaus als der vereinigte protestantisch-katholische Friedensmarsch."

Dabei sagt das Zahlenverhältnis von 10000 : 5000 noch nichts darüber aus, daß die 10000 Teilnehmer der Provos, die obendrein laut Guardian von der Bevölkerung begrüßt wurden, sich reinweg aus Ghettobewohnern zusammensetzt, während ein erheblicher Teil der 5000 Betty Williams Sympathisanten von außerhalb und aus der Mittelklasse kamen.

Wenige Tage nach diesem ersten großen Massenerfolg der Provos wurde die Frauenführerin der IRA, Marie Drumm, in einem Belfaster Hospital von loyalistischen UDA-Kommandos ermordet, gewiß nicht ohne vorherige britische Billigung.

Seit diesem Mord ist eine neue Mordkampagne gegen Katholiken eröffnet, der innerhalb der letzten 10 Tage 12 Katholiken zum Opfer fielen.

Aktion zu den Murrays:

In der Nacht vom 29./30. Oktober haben in München ein paar Leute das irische Generalkonsulat mit den Parolen „keine Todesurteile" und „Freiheit für Marie und Noel Murray" besprüht.—

Die Entscheidung über den Einspruch gegen das Todesurteil fällt nach Redaktionsschluß am Freitag, 12. November. Auskunft gibt das Westdeutsche Irlands—Solidaritätskomitee, 637 Oberursel 5, Postfach 35, Tel. 06171/73212

NOEL JENKINSON IM BRITISCHEN KNAST ERMORDET

PARKHURST (ID)
8. November

Am 9. Oktober 76 um 8.30 Uhr wurde der irische Gefangene in England, Noel Jenkinson, von einem Schließer „tot in seiner Zelle" im Parkhurst-Gefängnis aufgefunden. Noel Jenkinson war der „prominenteste" politische Gefangene in England. Vor 5 Jahren wurde er zu „mindestens 30 Jahren Zuchthaus" verurteilt und obwohl seitdem in totaler Isolation gehalten, ist der Kampf für Noels Freiheit ständig erfolgreich geführt worden.

Schon kurz nach dem Willkürurteil gegen Noel fanden sich britische Labourabgeordnete und eine ganze Reihe prominenter Persönlichkeiten, die für Noels Freilassung eintraten. Vor allem deshalb, weil Noel mit Sicherheit unschuldig war. Man hatte ihn verantwortlich gemacht für einen Anschlag der offiziellen IRA auf das britische Offizierkasino in Aldershot, England. Dies sollte die erklärte Antwort der offiziellen IRA auf den Blutsonntag von Derry sein, wo britische Fallschirmjäger 13 Zivilisten ermordet hatten. Das Gericht hatte als „Beweis" gegen Noel lediglich eine Fahrkarte nach Aldershot und die Tatsache, daß der aktive Gewerkschaftler vor Jahren einen Besuch in Albanien absolviert hatte. Es half auch nichts daß die offizielle IRA-Führung erklärte, Noel sei nicht mit der Erledigung des Anschlages betraut gewesen. Noel wurde verurteilt.

Die Urteilsbegründung war derart dünn und willkürlich, daß sich anfangs 1976 der internationale Gerichtshof in Straßburg bereiterklärte, Noels Fall zu verhandeln, was der Straßburger Gerichtshof bekanntlich nur tut, wenn gravierende juristische Mängel evident sind bzw. Erfolgsaussichten gegeben sind. Die britische Regierung die schon einmal wegen ihrer Folterpraxis in diesem Jahr in Straßburg verurteilt wurde, mußte real damit rechnen, erneut verurteilt zu werden. Für Noel bedeutete dies eine gute Chance auf Freilassung.

Entsprechend gut war die psychische Situation Noels seit Anfang 1976. Im August und September 76 hatte Noel in mehreren Briefen und Aufrufen auf die Situation irischer Gefangener in englischen Knästen hingewiesen, am 4. Oktober endlich erfolgte sein Aufruf, nicht länger die offizielle IRA, sondern die provisorische big, weil er die ganze Zeit aus der Isolierzelle raus ein politisches Sprachrohr für Gefangene war. Am 9. Oktober wurde dann seiner Frau Nancy, die Noel besuchen wollte, mitgeteilt, ihr Mann sei um 8.30 Uhr tot in seiner Zelle aufgefunden worden. Todesursache: „Herzversagen". Natürlich durfte Nancy Jenkinson die Leiche ihres Mannes nicht sehen.

Der Gefängnisgeistliche, der Noel 3 Tage vor seinem Tod besucht hatte, erklärte, Noel habe sich psychisch und physisch in bester Verfassung befunden. Der Gefängnisarzt seinerseits, der Noel über längere Zeit betreut und ihn untersucht hatte, erklärte ebenfalls, niemals zuvor habe Noel Schwierigkeiten mit seinem Herzen gehabt, zudem habe Noel regelmäßig an Sportstunden im Gefängnis teilgenommen. Man einigte sich darauf, es müsse dies eben ein „plötzliches" Herzversagen gewesen sein.

Der Prozeß in Straßburg, der kurz bevorstand, der zu einer wahrscheinlichen Verurteilung der britischen Regierung und zur Freilassung Noels geführt hätte, fand damit ebenso „plötzlich" nicht statt. Wichtig, nicht zuletzt für westdeutsche Spender für Noels Prozeß in Straßburg, ist noch folgende Nachricht. Die offizielle IRA/Sinn Fein weigerte sich, die seit 3 Jahren gesammelten Spenden für dessen Prozeß in Straßburg zur Verfügung zu stellen. Der Grund liegt in der Kritik Noels an den Officials. Es ist daher angebracht, daß diejenigen, die Geld für Noel an die Officials gaben, sich jetzt nach dessen Verwendung erkundigen: 30 Gardiner Place, Dublin 1.

Der letzte Brief Noels spricht im übrigen nicht die Sprache eines verzweifelten Menschen in schlechter psychischer oder physischer Verfassung. Noel äußerte sich darin über die „Frauenfriedesbewegung" in Irland:

„... die scheinheilige Unterstützung der ‚nordirischen Friedensbewegung' durch die britische Presse und Regierung hält an und ich kann nicht aufhören mich über die Leichtgläubigkeit jener zu wundern, die ich nachsichtig als ordentliche, anständige Leute bezeichnen möchte. Wie können die Menschen von Irland nach so viel Opfer, Folter und Tod auch nur an Frieden denken, solange noch ein britischer Soldat in Irland bleibt. Frieden wird es nur in einer freien Gesellschaft geben.

Ich weiß aus der ‚Sunday Times', daß die Friedensbewegung ein gesundes ‚Bankkonto' hat. Natürlich hat sie das. Seit Jahrhunderten ist es so, daß der Stand der Bankkonten dem Stand der Kollaboration direkt entsprochen hat. Wir sollten uns dessen erinnern. ‚Wenn du den Schilling der Königin nimmst, mußt du der Trommel folgen'. Sicherlich sind die Leute kampfesmüde, aber wer hat vorher gesagt, daß der Kampf kurz sein wird? Niemand den ich kenne ... Der Kampf gegen Imperialismus wird sich in die Länge ziehen – doch wichtig ist, daß er erfolgreich sein wird. Der Imperialismus muß in der ganzen Welt schwere Schläge einstecken und Irland muß seinen Teil dazu beitragen. Wir wollen ein neues Irland aufbauen und es wird sich von dem alten sehr unterscheiden, in dem eine Million Bauern starben um all die Dinge am Leben zu halten, für die die Besatzerarmee im Land war und noch ist. Je härter wir für ein neues Irland arbeiten desto frührer werden wir in Frieden leben.
Mit herzlichen Grüßen Noel, Venceremos"
(Westdeutsches Irland Solidaritätskomitee, 637 Oberursel, Postfach 35)

AKTION ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSBEDINGUNGEN – KINO ZUM SELBSTREDUZIERTEN PREIS

MAILAND (CDI/ID)
5. November

In Mailand läuft zur Zeit der Film „1900". Auch im Kino Diana. Rechtzeitig vor der Nachmittagsvorstellung am 31. Oktober um 15.30 Uhr versammelten sich über 500 Jugendliche aus selbstverwalteten Jugendzentren (Circoli Giovanili) vor dem Kino und riefen Parolen wie: „Allen Arbeitern das Recht auf Kultur und Freizeitvergnügen!". Dann besetzten sie den Kassenraum, schickten die

Kassiererin und fünf weitere Angestellte des Kinos raus und begannen die Eintrittskarten zum „selbstreduzierten" Preis von 500 statt für 2.500 Lire zu verkaufen (500 Lire sind knapp 1,50 Mark). Die Einnahmen wurden später vollständig der Kassiererin ausgehändigt.

Bis zum Eintreffen der Polizei hatten die Jugendlichen etwa 400 Karten verkauft und 230.000 Lire eingenommen (da einige offenbar mehr als den reduzierten Preis bezahlt hatten). Die Bullen, die zunächst angeblich nur kamen, um die Personalien der selbsternannten Kassierer festzustellen, hatten eine Schar Ziviler mitgebracht. Als diese versuchten, sich der Kasse zu nähern, wurden sie daran durch die Demonstranten gehindert. Polizei und Karabinieri griffen sofort ein und setzten Schlagstock und Tränengas ein. Die Jugendlichen antworteten mit einem Steinhagel, konnten sich aber gegen die Waffen der Bullen nicht durchsetzen, und zogen sich auf die Via Piave zurück. Dort verschanzten sie sich für einige Zeit hinter einigen zusammengestellten PKWs und blockierten den Verkehr.

Die Situation wurde genutzt, um ein Flugblatt zu verteilen, in dem die Demonstranten folgendermaßen argumentierten: „In diesen Tagen der Abwälzung der Krise auf die Arbeiter durch die Regierung Andreotti und ohne daß die PCI dagegen auftritt, scheint es ein zweitrangiges Problem zu sein, die „Selbstreduzierung" zu propagieren. Aber die Verteidigung der Lebensbedingungen der Massen gilt nicht nur für die Lebensbereiche „Wohnen und Arbeiten", sondern auch für die Kultur, Vergnügen, Erholung." Zum Schluß fordert das Flugblatt dazu auf, diese Aktion nur als eine erste Initiative, als ein Beispiel zu sehen, das von allen aufgegriffen und weitergeführt werden sollte.

Centro di Documentazione internazionale, c/o Libreria „il Picchio" Via Mascarella 24, I-40 100 Bologna.

PROZESS GEGEN ZWÖLF GENOSSEN IN BOLOGNA

BOLOGNA (CDI/ID)
9. November

Am 27. September hat in Bologna der Prozeß gegen zwölf Genossen begonnen – sieben davon seit fast zwei Jahren in U-Haft – wegen der Vorfälle in Argelato vom 5. 12. 1974. An diesem Tag gab es in Argelato, einem Städtchen in der Nähe von Bologna, ein Feuergefecht, bei dem ein Unteroffizier der Carabinieri, Andrea Lombardini, ums Leben kam.

Die jungen Genossen, die an dem Schußwechsel beteiligt waren, hatten ihren eigenen Aussagen zufolge einen Einbruch in die Zukkerfabrik von Argelato vor, deren Eigentümer ein gewisser Piaggio ist, ein bekannter Geldgeber der Faschisten, gegen den unter anderem wegen des Putschplans von 1970 ermittelt worden war.

Nach der Verhaftung der Genossen in Argelato entfesselten Polizei und Carabinieri in Bologna eine wahre Hetzjagd, in deren Verlauf eine Reihe von Genossen verhaftet wurde. Die jedoch hatten, wie sich bald herausstellte, mit dem Vorfall überhaupt nichts zu tun. Das Terrorklima jener Tage im Dezember 1974 wird nun im Verlauf des Prozesses vor dem Landgericht Bologna mit großem Aufwand neu produziert; die Genossen, die als Zuschauer zu den Verhandlungen kommen, werden von Elementen der Polizei, der Carabinieri und der Staatsschutzbehörden durchsucht, namentlich festgehalten und fotografiert.

Zu Beginn des Prozesses wurde seitens der Verteidigung die Art und Weise der Auslieferung aus der Schweiz von vier der sieben in U-Haft sitzenden Angeklagten angefochten: sie waren von den Schweizer Behörden unter Mißachtung der internationalen Vereinbarungen über die Behandlung politischer Gefangener ausgeliefert worden und waren dort unter physischem und psychischem Druck verhört worden. Die Rügen der Verteidigung hatten Erfolg, die in der Schweiz durchgeführten Vernehmungen wurden für nichtig erklärt und aus den Gerichtsakten entfernt; die Staatsanwaltschaft (vertreten durch den Oberstaaatsanwalt Luigi Persivo) konnte allerdings durchsetzen, daß der Prozeß trotzdem ohne Unterbrechung fortgeführt wurde.

Die gerichtliche Vernehmung der Angeklagten begann damit, daß diese eine Erklärung verlasen, mit der sie ihre Zugehörigkeit zur revolutionären Bewegung und ihre Teilnahme am Prozeß der Schaffung einer revolutionären Kampforganisation erklären und als Brigata Comunista Bruno Valli auftreten. Bruno Valli ist der Name eines Mitglieds der Gruppe, der am Tag seiner Verhaftung nach dem Schußwechsel in der Haftzelle erhängt vorgefunden worden war. Nach kurzen Ermittlungen wurde der Fall mit dem Ergebnis „Selbstmord" abgeschlossen; in Italien kennt man allerdings inzwischen diese Art von „Selbstmorden", hinter denen sich Todesstrafen ohne Prozeß verbergen. Der Bekannteste dieser Fälle war der Mord an Pinelli, der aus dem Fenster des Mailänder Polizeipräsidiums geworfen worden war.

Der Prozeß ist am 3. November mit sieben Verurteilungen – zwischen 15 und 28 Jahren Freiheitsstrafen – und Freispruch für die übrigen Angeklagten abgeschlossen worden.

Das Gericht hatte den Antrag der Verteidigung abgelehnt, ein Gutachten darüber erstellen zu lassen, aus dem hervorgeht, aus welchen der am Schußwechsel beteiligten Waffen die Projektile im Körper des Carabinieri-Unteroffiziers stammten. Es hatte sich nämlich aus verschiedenen Gründen bei der Verteidigung der Angeklagten und auch in der Öffentlichkeit die Überzeugung herausgebildet, daß einige der tödlichen Schüsse aus der Waffe des zweiten dort anwesenden Carabiniere stammten, der möglicherweise versehentlich auf seinen Kollegen geschossen hatte. Indem das Gericht diesen Antrag – der darauf ausgerichtet war, eine spektakuläre Ermittlungslücke auszufüllen – abgelehnt hat, hat es die Klärung eines zweifelhaften Punktes des Vorfalls verhindert, der den Verdacht der Beweismittel-Manipulation nahelegt. In der Tat hatte der Ermittlungsrichter bereits vor Prozeßbeginn einen großen Teil der Beweismittel wieder aus der Hand gegeben (die Maschinenpistolen der Carabinieri, auch das Auto, aus dem die Schüsse abgegeben worden waren. u.a.).

Bezeichnend für das Klima, in dem der Prozeß verlaufen ist, war das Auftreten des Anwalts Veniero Accremann (Ex-Parlamentsabgeordneter der PCI) als einer der Vertreter der Nebenklägerin (der Witwe des ums Leben gekommenen Varabiniere), der tatsächlich nicht davor zurückschreckte, die in Italien längst abgeschaffte Todesstrafe zu fordern, und der die Angeklagten beständig mit Schimpfworten wie „Ratten" und „Hunde" belegte. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß dieser Vertreter der PCI in seiner Heimatstadt Rimini üblicherweise damit beschäftigt ist, die größten Bauspekulanten vor Gericht zu vertreten.

Das Urteil stellt – wenn es auch nicht die von der Staatsanwaltschaft geforderten lebenslänglichen Gefängnisstrafen ausgesprochen hat – einen bedeutenden Schritt zur Kriminalisierung der politischen Kreise dar, aus denen die Angeklagten kommen: einige der mit drakonischen Strafen von 15 bis 22 Jahren belegten Jugendlichen waren im Augenblick des Schußwechsels überhaupt nicht am fraglichen Ort.

Der Prozeß ist mit dieser Entscheidung jedoch nicht beendet, die Verteidigung hat bereits einen Revisionsantrag gestellt.

Am Tag der Urteilsverkündung sind eine Reihe von Genossen vor dem Gericht in Bologna erschienen, um dort die wenigen Anwesenden, die sich von der Machtdemonstration von Polizei, Carabinieri und Antiterrorismuseinheiten nicht vom Erscheinen hatten abschrecken lassen, über die Verhaftung von Susanne Mordhorst in Mailand zu informieren und eine Protestresolution vorzulegen, mit der Bitte, sie zu unterschreiben. Es hat sich in dieser Situation niemand bereitgefunden, die Resolution zu unterschreiben.

FRAUEN VON LOTTA CONTINUA GEGEN CHAUVINISMUS IN DER ARBEITERBEWEGUNG

RIMINI (ID)
10. November

Vom 31. Oktober bis zum 5. November 1976 fand in Rimini der zweite nationale Kongreß von Lotta Continua (LC) statt. Auf ihm erlebte die LC als letzte der radikalen linken Organisationen die Entwicklung zur autonomen Organisierung der Genossinnen (die ersten Frauen, die sich vom praktischen Führungsanspruch der Genossen lösten, waren vor drei Jahren die von Potere operaio).

Die Genossinnen bildeten an einem der Kongreßtage eine eigene Gruppe, zu der die Männer keinen Zutritt hatten. (Ebenfalls in einer

eigenen Gruppe versammelten sich die Arbeiter und verboten jedem Nichtarbeiter den Zutritt.) Die Frauen von LCbestreiten, daß die Partei oder die Arbeiter die Avantgarde sein können. Eine Frau aus Catanzaro sagte: „Ich wohne in einem Teil Calabriens, der dafür berühmt ist, daß es dort Landbesetzungen gegeben hat. Die Landarbeiter sind dort alle „rot". In dieser Gegend ist ein 15jähriges Mädchen vergewaltigt worden. Alle Arbeiter betrachteten sie als Nutte, weil sie nicht mehr Jungfrau war und verhielten sich entsprechend, wenn sie ihr auf der Straße begegneten. Ich sage, daß diese Landarbeiter nicht die Revolution machen werden, weil die Wahrheit ist, daß sie Reaktionäre sind. Und wenn sie sie nicht machen, werden auch wir sie nicht machen können. Deswegen sage ich, daß die „centralita operaia" (die These, daß die Arbeiter im Zentrum des revolutionären Kampfes stehen) nicht ausreicht. Weder die Partei noch die Arbeiter können all dem Ausdruck verleihen, was in der Gesellschaft vor sich geht."

Die Frauen von Lotta continua beharrten darauf: die Arbeiterbewegung ist chauvinistisch. Laura aus Turin: „Ihr seid Genossen und Männer und ihr müßt euch in der Diskussion wie Männer verhalten. Ihr müßt euch darüber klar werden, daß ihr von morgens bis abends von der Vorherrschaft der Männer Gebrauch macht. Die Fabriken stellen sich nicht nur dar als Konzentration von Arbeitern, sondern auch als Konzentration von Männern. Historisch gesehen hat sich die Arbeiterbewegung ohne die Frauen entwickelt. Von daher ist sie chauvinistisch. Sagt uns doch, wie wir die Genossen nennen sollen, die sich Tag für Tag auf den Straßen und Plätzen wie unsere Feinde aufführen."

Im Verlauf einer Diskussion kam es zu einem Zwischenfall: der Vorsitzende der „Bewegung der Arbeiter für den Sozialismus" Tominelli, hatte sich zu Wort gemeldet. Er verurteilte die Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und den Frauen und wollte zur „politischen Frage" Stellung nehmen. Als er fertig war und ein Teil der Delegierten begeistert applaudierte, setzte ihn eine Gruppe von Frauen am Mikrophon fest und zwang ihn, zu einem Vorfall Stellung zu nehmen, der in einem Buchladen seiner Organisation passiert war: ein minderjähriges Mädchen ist in diesem Laden vergewaltigt worden und ein Mitglied dieser Organisation hatte dabei zugesehen, ohne einzugreifen. Tuminelle glaubte wohl, sich zu verteidigen, als er darauf sagte: „Wir haben festgestellt, daß der Genosse, um den es hier geht, die Minderjährige nicht selbst vergewaltigt hat. Er ist lediglich nicht eingeschritten, während die anderen Genossen sie vergewaltigt haben." Die Vergewaltigung eines jungen Mädchens ist eben offensichtlich nicht eine so große Ungerechtigkeit, als daß sie genügend Empörung auslösen könnte, dazwischen zu gehen.

Daß die „Genossen" von Lotta Continua selbst die gewalttätige Auseinandersetzung mit Frauen nicht scheuen, hatten die Vorfälle am 6. Dezember 1975 bewiesen, als ein Ordnungstrupp von LC die Frauen an einer autonomen Demonstration für die Abtreibung zu hindern versucht hatte ; sie schlugen dabei auf die Genossinnen ein, die sich jedoch mit Erfolg zur Wehr setzten.

INTERVIEW MIT EINER GENOSSIN DER PALÄSTINENSICHEN FRAUENUNION

BEIRUT (ID) Das folgende Interview ist Mitte September geführt worden. Die Fragen an die Genossin sind kursiv gesetzt, die Antworten in normaler Schrift. Im Anschluß an das Interview drucken wir eine Erklärung bzw. einen Kommentar von einigen deutschen Genossinnen ab, die uns das Interview auch gebracht haben.

INTERVIEW:

Könntest du uns einen kurzen Überblick über die Entwicklung eurer Arbeit geben?

Obwohl die palästinensiche Frauenunion erst um 1965 gegründet worden ist, begann der Kampf um die Befreiung und Emanzipation der Frauen bereits 1917, als die ersten zionistischen Kräfte Palästina besetzten. Während der Aufstände der palästinensichen Bevölkerung 1920, 1936, 1939 gegen die zionistischen Okkupationen haben Frauen an bewaffneten Kämpfen und Demonstrationen teilgenommen. Ihr Kampf um Unabhängigkeit war integriert in den Kampf um die Befreiung Palästinas. Man kann also sagen, daß sie bis 1948 an allen Kampfformen teilgenommen hatten. Bis 1948 war es den Frauen auch möglich, ohne Widerstand der Eltern die Schule zu besuchen. Der allgemeine Bildungsstand war zu dieser Zeit höher. Durch die Vertreibung 1948 (Gründung Israels und gewaltsame Vertreibung aus Palästina) und die Flüchtlingssituation wurde auch die Frauenarbeit aus ihrem politischen Zusammenhang gerissen. Bis 1965 verlagerten sich die Aktivitäten der Frauenorganisationen aufgrund der materiellen und sozialen Lebensumstände in den Lagern mehr auf den Erziehungssektor. Durch die Gründung der palästinensischen Frauenunion 1965 wurde die Arbeit der Frauen wieder auf eine politische Ebene gehoben. Die Arbeit der palästinensischen Frauenunion basiert auf folgenden Punkten:

- Lösung des Kinderproblems
- bewaffneter Kampf für die Rechte des palästinensischen Volkes
- Übernahme von Arbeiten innerhalb des palästinensischen Widerstandes
- Kampf gegen Unterdrückung in der Gesellschaft und gegen Unterdrückung der Frau.

Bis 1970 war die Frauenunion sehr aktiv. Durch den schwarzen Spetember 1970 in Jordanien (Ermordung von 30.000 Palästinensern und Palästinenserinnen durch König Hussein) wurde auch die Frauenarbeit blockiert. Während des Aufstandes in Jordanien hatten die Frauen wichtige Aufgaben übernommen, wie Waffennachschub, waren selber teilweise Kämpferinnen, medizinische Betreuung und Nahrungsmittelversorgung. Nach 1970 verlagerte sich die palästinensische Revolution in den Libanon. Um die Politisierung der Frauen voranzutreiben, wurden in jedem Lager Volkskomitees gebildet. Um den Kontakt zu Frauen herzustellen und um ihre realen Probleme zu lösen, wurden Kindergärten und Nähzentren eingerichtet. Die Nähzentren ermöglichen den Frauen, die schwer Arbeit finden, eine ökonomische Unabhängigekeit und eine Mitversorgung der Familien. Außerdem sind wöchentliche Treffs eingerichtet, die sich nicht nur mit den konkreten Problemen innerhalb des Camps beschäftigen, sondern auch mit gesamtpolitischen Fragen des palästinensischen Kampfes. Ein Ziel ist es auch, neue aktive Kämpferinnen für den bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes zu gewinnen. Kurse gegen Analphabetentum und Bemühungen im sozialen Bereich sind weitere Versuche auch die Frauen zu gewinnen, die erhebliche Schwierigkeiten im Kampf für ihre Unabhängigkeit mit ihren Familien und ihrer Umwelt haben. Denn es gibt immer noch viele Frauen, denen es nicht erlaubt ist, das Haus zu verlassen.

Inwieweit hat sich die Situation der Frauen im Libanon durch den Bürgerkrieg geändert?

Dadurch, daß viele Männer kämpfen, sind viele Frauen gezwungen, die Familie mitzuernähren. In der medizinischen Versorgung spielen die Frauen inzwischen eine große Rolle. Der Nachschub wird größtenteils von Frauen bewerkstelligt, z.B. Anfertigung von Walkie Talkies, Nahrungsmittelversorgung und Waffenreparaturfabriken.

Welchen Aufbau hat die Palästinensiche Frauenunion?

Die palästinensiche Frauenunion (F.U.) ist ein Teil der PLO. In der F.U. selber sind wieder die verschiedenen Parteien der palästinensischen Bewegung vertreten. Durch die konkreten Auseinandersetzungen hat sich die F.U. mehr politisiert. Die F.U. ist nicht nur den palästinensischen Frauen vorbehalten, sondern offen für alle arabischen Frauen. Jede Frau zahlt im Jahr einen kleinen Beitrag.

Hat sich das Verhältnis Männer—Frauen im Bürgerkrieg geändert?

Die Frauen sind mehr unterdrückt, also müssen sie sich auch mehr emanzipieren. Aber natürlich hat sich das Verhältnis der Männer zu den Frauen verändert, denn sie sehen ja, was wir tun, und sie können ja auf konkrete positive Erfahrungen seit Ausbruch des Bürgerkrieges zurückgreifen. Aber es ist natürlich gegen die realen Interessen des Mannes, daß sich die Frau emanzipiert.

Inwieweit hat die F.U. Einfluß auf politische Entscheidungen innerhalb der PLO?

Dadurch, daß wir mit fünf Mitgliedern der F.U. im Nationalrat

der PLO vertreten sind, nehmen wir genauso wie die anderen Unionen Einfluß auf politische Entscheidungen. Außerdem stehen wir im Diskussionszusammenhang mit den anderen Unionen.

Gibt es außer der Frauenunion noch andere adäquate Frauenorganisationen?

Ja, es gibt zwar andere Frauenorganisationen, aber mehr oder weniger ohne politische Linie. Entweder sind sie politischen Parteien direkt unterstellt oder arbeiten nur auf dem sozialen Sektor.

Gibt es bei euch eine Arbeit bezüglich der Geburtenkontrolle?

Nein, in der Regel gibt es keine Geburtenkontrolle, denn wir brauchen viele Kinder, d.h. viele Kämpfer für die Revolution. Aber wenn es gesundheitsschädlich für eine Frau ist, weitere Kinder zu bekommen oder wenn sie wirklich keine mehr haben will, helfen wir ihr natürlich.

ERKLÄRUNG EINIGER GENOSSINNEN ZU DIESEM INTERVIEW:

Wir sind der Auffassung, daß es notwendig ist, einen Kommentar zu diesem Interview abzugeben, weil einige Positionen der Palästinensischen Frauenunion für uns als Frauen „aus den Metropolen" schwer zu verstehen sind. Genossen meinten, daß diese Erklärung Positionen im Interview „entschuldigen" oder zurücknehmen will.

Das haben wir ganz und gar nicht im Kopf. Wir meinen, daß es falsch ist, mit denselben Ansatzpunkten, wie wir sie in der BRD entwickelt haben, an die Probleme der Frauen in der Dritten Welt heranzugehen. Gerade die Frauen in der arabischen Welt sind einer sehr großen Unterdrückung ausgesetzt. Historisch gesehen ist dies hauptsächlich auf die Ideologie des Islam zurückzuführen, die beispielsweise besagt, daß die Frau dem Mann in jeder Beziehung untertan sein muß. Aus dieser ganzen Ideologie ergeben sich die grundsätzlichen Probleme, mit denen die Frauen der arabischen Welt zu kämpfen haben:

– die Möglichkeit für Frauen, ökonomisch unabhängig zu sein (eine Voraussetzung für Emanzipation) ist weitaus geringer als bei uns; es gibt keine oder nur sehr wenige Arbeitsplätze für Frauen.
– die Bindung zur Großfamilie ist weitaus intensiver als hier, eine solche intensive Bindung ist auch materiell notwendig für die Frauen, und von daher sind die Frauen rundum abhängig von diesem Familienverband.
– gesellschaftlich auferlegte Zwänge bezüglich Sexualität oder Benehmen einer Frau in der Öffentlichkeit usw. sind sehr stark ausgeprägt. Diskussionen über Sexualität beispielsweise sind sehr schwierig, da die Frauen ein sehr großes, anerzogenes Schamgefühl haben.

Diese aufgezählten Zwänge sind neben anderen die Gründe, die die Entwicklung eines anderen Ansatzpunktes notwendig machen. Generell kann man sagen, daß eine Emanzipation der Frauen in der arabischen bzw. der Dritten Welt nur möglich ist innerhalb einer politischen revolutionären Bewegung, d.h. die Frauenbewegung wird nur innerhalb der jeweiligen politischen Bewegung und ihrer Leitlinien arbeiten können, da sie nur so einen Druck ausüben kann, die oben genannten gesellschaftlichen Zwänge aufzuheben, was dann die eigentliche Frauenarbeit erst ermöglicht.

Es ist auch wichtig zu sehen, daß sich politischer Kampf, Befreiung vom imperialistischen Herrschaftssystem usw. und Frauenemanzipation dialektisch entwickeln müssen. Es ist also sehr falsch zu sagen, die Frauenemanzipation entwickele sich erst nach der Revolution.

Wir finden es aber mindestens genauso beschissen zu sagen, Indira Ghandi oder Golda Meir seien „emanzipierte" Frauen, wo doch gerade sie politische Gesellschaftssysteme untermauern, die Unterdrükkung ermöglichen, Menschen in Massen hinter Gittern verschwinden lassen, Ausbeutung aufblühen lassen usw. usw.. Frauen „emanzipiert" zu nennen, weil sie sich zu einer verantwortungsvollen und hohen Position hochkonkurriert haben, hieße für uns konkret: wir brauchen die Unterdrückung in der Dritten Welt oder in den Metropolen, wenn sie durch Frauen personalisiert wird, nicht mehr zu bekämpfen.

Der zweite Punkt betrifft die Geburtenregelung. Auch wenn wir zu den folgenden Ausführungen emotionale Widersprüche haben, glauben wir, daß es wichtig ist, solche Argumente zu akzeptieren. Uns europäischen Frauen, die wir in einem gänzlich anders strukturierten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhang leben, mag die These zur Frage der Geburtenregelung „Wir brauchen viele Kinder" d.h. Kämpfer für die palästinensische Revolution" fast schon ketzerisch erscheinen. Nicht nur die These allein läßt nach unseren Maßstäben und Vorstellungen von Frauenemanzipation Identitätsschwierigkeiten aufkommen, sondern auch die Frage der Geburtenregelung selber: Geburtenkontrolle, damit verbindet man Indien oder irgend ein anderes Land, dessen Entwicklung verhindert wurde. Uns mag eine Frau mit acht oder zehn Kindern bedauernswert erscheinen und als Gebärmaschine vorkommen, jedoch nur nicht als Revolutionärin. Zweifelsohne ist an der Rolle dieser Frau nichts revolutionäres im Sinne ihrer „subjektiven" Weiterentwicklung.

Für uns, die wir auf einem anderen Stand wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung leben und dementsprechend andere „geeignetere oder auch profitablere Formen des Zusammenlebens" haben, hat eine Frau mit großer Kinderzahl kein Eigenleben und wird durch die Kinder unterdrückt. Innerhalb der Großfamilien, die es dort gibt, haben die Kinder Kontakt mit der ganzen Familie, werden auch von ihr versorgt und sind nicht nur auf die Mutter fixiert. Die Probleme einer großen Kinderzahl werden also nicht von der Mutter allein getragen, sondern in kollektiver Verantwortung. Die Einstellung zu Kindern wird auch nicht nur von profitablen Aspekten beeinflußt, wie bei uns, sondern einmal psychologisch von der Tatsache, daß Armut und Unterdrückung nur in Gemeinschaft mit vielen auszuhalten ist, und politisch, daß Armut und Unterdrückung nur mit vielen bekämpft werden kann. Angesichts der Tatsache, daß seit 1948 systematisch versucht worden ist und wird, das palästinensische Volk auszurotten und zu vernichten, erscheint die Frage der Geburtenregelung dann nicht vielleicht sogar zynisch, wenn man bedenkt, daß die zionistischen, jordanischen, syrischen und falangistischen Offensiven auch eine Form der „Geburtenregelung" sind? Kinderkriegen als eine Form des Widerstandes ist das, was dem palästinensischen Volk dann nicht genommen werden kann? Vielleicht ist dieser idiotische Zynismus ein Grund für die Leser des Artikels, nun doch mal ein wenig genauer hinzuhören, wenn es um die Rechte und Belange des palästinensischen Volkes und um die palästinensischen Frauen geht.

ZUR VERHAFTUNG DER IRANISCHEN ANTIFASCHISTEN IN PARIS

FRANKFURT(ID) 10. November Der Vorstand der Conföderation der Iranischen Studenten (CISNU) erklärte am 10. November:

Wie wir bereits in unserem Pressekommunique vom 4.11.76 mitgeteilt haben, wurden in Paris am Dienstag, den 2.11.76, während einer „Nacht- und Nebelaktion" der französichen Polizei 15 iranische Antifaschisten festgenommen. Noch am gleichen Abend wurden 9 von ihnen freigelassen. Zwei weitere werden unter absurden Anschuldigungen noch immer im Gefängnis festgehalten, und die restlichen vier wurden aus Frankreich ausgewiesen, ohne jedoch Gelegenheit zu bekommen mit einem Anwalt Kontakt aufzunehmen. Wir bekräftigen noch einmal, daß die oben genannten Personen ohne jeglichen Grund inhaftiert bzw. ausgewiesen wurden. Ihre einzige „Schuld" ist es, daß sie in Opposition zu dem faschistischen Schahregime stehen.

WIE HAT SICH DIE GANZE AKTION VOLLZOGEN?

Die französische Polizei fiel im Morgengrauen des 2. November um 6 Uhr früh in die Häuser unserer Freunde ein, verwüstete ihre Wohnungen, durchwühlte ihre Bücher, untersuchte alles und nahm schließlich unsere Freunde in Handschellen mit. Sie hatten keinerlei Gelegenheit bekommen sich mit ihren Anwälten oder mit einem Freund in Verbindung zu setzen, obwohl sie schon seit vier Tagen in Haft waren. Vier unserer Freunde wurden am vierten Tag ohne jegliche juristische Begründung – wie es in einem Polizeistaat üblich ist – des Landes verwiesen, obgleich einige von ihnen seit mehr als

zehn Jahren in Frankreich lebten. Einer der Ausgewiesenen wurde sogar ohne Reisepass und „gültige Papiere" ausgewiesen. Er studierte in Grenoble und war eigentlich nach Paris gekommen, um seine Freunde zu besuchen und war über seine schnelle Ausweisung nicht informiert worden. Die reaktionäre französische Polizei und die kolonialistische Regierung hatten es mit der Ausweisung so eilig gehabt, daß sie nicht einmal auf das Reisedokument warten wollten.

WAS WAR EIGENTLICH DIE SCHULD DIESER LEUTE?

Die französische Regierung wirft ihnen vor, "Mittäter" oder „Zeugen" irgend einer Sache gewesen zu sein. Nun ist es aber in der Regel so, daß „Mittäter" vor Gericht gestellt werden, ebenfalls mit den „Zeugen". Die Kolonialherren Frankreichs hatten jedoch alles andere im Sinn, als die Wahrheitsfindung. Sie warfen ihre „Beschuldigten" oder ihre „Zeugen" – wie auch immer sie es vorgeben – innerhalb der kürzesten Zeit, die überhaupt nur möglich ist, raus. Nun ist alles „in einer Hand" und kann richten: Justiz, Polizei und‚Zeugen'. Als Zeuge wurde ein Polizist präsentiert! Dies alles zeigt, daß die einzige „Schuld" unserer Freunde ihre oppositionelle Einstellung zu einem der faschistischsten Regime unserer Zeit, nämlich das faschistische Schah-Regime, ist. Die französische Regierung suchte nach einem Vorwand, um über die iranische Opposition herfallen zu können, und diesen meint sie nun gefunden zu haben. Giscard d'Estaing, dessen persönliche Freundschaft mit dem faschistischen Schah-Regime schon längst kein Geheimnis mehr ist, sieht seine Stunde als gekommen, um dem Freund einen guten Dienst zu erweisen. Dabei steht ihm sein reaktionärer Innenminister Poniatowsky zur Seite.

Wir betrachten diesen Überfall der französischen Regierung und ihr koloniales Vorgehen gegen unsere Freunde als einen offenen Angriff auf die fortschrittliche antifaschistische iranische Opposition. Wir betrachten es als den Beginn eines altbekannten Spiels, bei dem die Französische Regierung nur als „Wegbereiter" auftritt. Sollte es uns, unseren Freunden und der gesamten demokratischen fortschrittlichen und antifaschistischen Organisationen und Menschen nicht gelingen diesen Anfang anzuwehren, so würde der Schah bald nicht nur im Inland keine öffentlich arbeitende, legale Opposition haben, sondern auch im Ausland. Aus den genannten Gründen ist die gesamte demokratische und antifaschistische Opposition vom Iran entschlossen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln diesen Vorgängen Einhalt zu gebieten. Dabei sollen und dürfen uns unsere Freunde in allen Ländern nicht allein lassen. Die antifaschistische Iranische Opposition benötigt jetzt eine uneingeschränkte internationale Solidarität aller Demokratien.

Wir sind entschlossen uns nicht liquidieren zu lassen.

Wir fordern die sofortige Freilassung der in Paris inhaftierten Antifaschisten und die Rückkehr der vier ausgewiesenen Studenten zu ihren Studienorten!

P.S. Soeben erfuhren wir, daß die nach Schweden ausgewiesenen Freunde von der schwedischen Regierung freigelassen wurden und sich somit vorläufig in Schweden aufhalten können!

46 BOLIVIANISCHE BERGARBEITER SUCHEN ASYL IN DER BRD

KÖLN/LIMA (ID) 8. Oktober

„Mitte Juli mußte in Bolivien der nationale Streik der Minenarbeiter beendet werden, an dem die Mehrheit der über 100 000 Bergleute – von denen die Hälfte in der einflußreichen Gewerkschaft FSTMB organisiert ist – beteiligt war. Die Streikbewegung mußte nachgeben, obgleich der Konflikt weiterschwelt. Als Vergeltungsmaßnahme wies der Militärdiktator Banzer 50 der Gewerkschaftsführer in den Süden Chiles aus, wo sein Partner Pinochet die Bolivianer sofort in einigen Dörfern südlich der Hauptstadt Santiago internierte, manche bis zu 14oo km von der Hauptstadt entfernt.

Diese „Extremisten" und „Delinquenten", wie sie von der chilenischen Polizei bezeichnet werden, stehen unter strenger Aufsicht und dürfen keine Kontakte zur Bevölkerung unterhalten. Zweimal pro Tag müssen sie sich beim örtlichen Polizeiposten melden. Einige haben Arbeit gefunden, aber die Mehrzahl weigert sich eine Anstellung zu übernehmen, weil dadurch – wie mehrfach geschehen – chilenische Arbeiter ihren Unterhalt verlieren. Die Behörden haben die Bolivianer in feuchte Verschläge gepfercht, ohne Heizung bei ständig feuchtkaltem Klima. Die Bergleute waren das trockene, heiße Klima auf 3000 m Höhe in ihrer Heimat gewöhnt. Der erzwungene Klimawechsel und die inhumanen Behausungen haben extrem an der Gesundheit der Bergleute gezehrt. – So glaubten die meisten von ihnen, daß es fast besser wäre, in einer Zelle Banzers inhaftiert zu sein, wo man wenigstens noch die Hoffnung auf den Besuch von Familienmitgliedern haben könnte, als im Süden Chiles eingeschlossen zu leben. Sobald die Bergleute versuchen, die Grenze [illegible] Chile zu überschreiten, werden sie von der bolivianischen Polizei verhaftet. In Chile führen die Behörden einen systematischen psychologischen Krieg gegen die Gruppe der 50. Polizei und Militär warnen die Bevölkerung ständig vor den „ausländischen Extremisten", sie werden streng von der Bevölkerung getrennt; Post- und Geldsendungen werden nicht ausgehändigt.

Zwei der Gruppe sind im August ihrem Verbannungsort entwischt und haben sich beim Hohen Komissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge in Santiago gemeldet. Nachdem sie von Sicherheitsagenten der Regierung Pinochet 52 Stunden festgehalten worden waren, konnten sie nach Schweden fliegen, wo ihnen die Regierung Asyl erteilte. -- Die Regierung Venezuelas ist dabei, zwei anderen der Gruppe die Einreise nach Venezuela zu genehmigen.

Informationen aus Bolivien besagen, daß Banzer den Bergleuten den Krieg erklärt hat, weil diese im Moment die einzige ernstzunehmende und geschlossene Opposition gegen seine Diktatur bilden. Seit dem 9. November 1974 sind alle Gewerkschaften per Dekret verboten und für illegal erklärt worden; Gewerkschaftsgebäude, -finanzen und sonstiger Besitz sind seither beschlagnahmt. Obwohl Banzer angeblich als Sieger aus dem Konflikt im Juli hervorging, halten die Bergarbeiter ihre Forderungen aufrecht:

- Abzug aller Truppen aus den Minen
- Freiheit und Rückkehrerlaubnis für die über 50 ausgewiesenen Gewerkschaftsführer und die zahlreichen inhaftierten Bergleute
- Rückgabe der von den Truppen okkupierten Rundfunkstationen der Bergleute, der Gewerkschaftslokale und -finanzmittel
- Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Gewerkschaftskonföderation FSTMB und der staatlichen Minengesellschaft Combi COMIBOL.

Die verbannten bolivianischen Bergleute in Chile fordern von den Vereinten Nationen das Recht auf Asyl; sie beanspruchen das Recht auf Auswanderung, weil sie durch die beiden Diktaturen Banzer und Pinochet verfolgt und im wahrsten Sinne des Wortes langsam ausgehungert werden. Sie hoffen auf ein Zeichen der Solidarität aus Europa, wo einzelne Regierungen sich entscheiden könnten, für die verfolgten Bergleute Partei zu ergreifen und der Gruppe oder einzelnen Asyl zu gewähren. Geschieht das nicht – so meinen politische Beobachter in Bolivien – haben Banzer und Pinochet der kämpferischen und demokratischen Bergarbeiterbewegung nicht nur Boliviens, sondern ganz Lateinamerikas einen entscheidenden Schlag versetzt. ———„Wir werden nie müde werden, zu kämpfen", sagen die Bergleute selbst, wenn man sie über die Perspektive ihres Kampfes befragt ..."

Die Arbeitsgruppe für sozial-ökonomische Probleme (asöp) bittet alle, die Hilfe schaffen oder vermitteln können, dazu gehören auch Geldspenden, um Kontakt. asöp: c/o G. Biemann, Postfach 270148, 5000 Köln 1, Postscheckkontonummer 577 89-509.

(NR. 151) Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer (STAND: 3.11.) | Exemplare

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

903R 158 1

H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

ATTENTAT EINER MILITANTEN KKW–NEIN–GRUPPE IN PARIS

PARIS (ID/LIBE)
9.November

Das Büro eines Unternehmens zur Herstellung radioaktiver Brennstoffe wurde durch eine schwere Explosion total zerstört. Personen kamen dabei nicht zu schaden. Die Attentäter traten mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit:

„...COPEAU nimmt nun das Problem der Nuklearenergie in Angriff, denn das Ganze ist zu wichtig, als daß man es den Technokraten und Militärs überlassen sollte. Gestern wurde das Büro der CERCA, die den Atomkraftwerken den nötigen Brennstoff liefert, zerstört. Morgen greifen wir die Atomkraftwerke direkt an, wenn die Regierung ihre kriminellen Energieversorgungsprojekte mit allen Mitteln durchsetzen will. Unsere Leute sind an wichtigen Stellen und wir können unsere Vorhaben durchführen. Wir sind im Besitz der Pläne des Atomkraftwerks Super-Phoenix. Es warten auf euch noch einige Überraschungen."

Unterzeichnet: COPEAU

Für die Verfasser dieser Erklärung sind die bisherigen KKW-Nein-Bewegungen keinen Schritt vorangekommen und haben praktisch nichts geändert. Libé gegenüber erklärte die Gruppe COPEAU: „Wenn das Atomkraftwerk in Erdeven (Bretagne) nicht gebaut wird, dann baut man es eben woanders. Deshalb hat sich COPEAU entschlossen, nun mit gewaltsamen Mitteln vorzugehen."

Über die Gruppe COPEAU ist bisher nichts bekannt.

ATOM UND ENERGIE

BASEL (ID/KONZEPT)
11.November

Herausgegeben von der ‚Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst' (GAK) und vom ‚Nordwestschweizerischen Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke'(NWA), erscheint die ‚Regional-Zeitung' etwa vierteljährlich in Auflagen bis zu 110 000 Exemplaren und wird von verschiedenen schweizerischen A-Werk-Gegner-Organisationen an ihre Mitglieder und darüber hinaus gezielt in bestimmten Regionen verteilt. Sie ist die auflagenstärkste Publikation dieser Art. Die neuste Nummer der ‚Regional-Zeitung' - Nr.7,Herbst 76 – enthält nebst aktuellen Nachrichten und Kommentaren als Hauptthemen einen Artikel zum Atommüll-Problem und eine fundierte Kritik des GEK-Zwischenberichts.

Bezugsquelle: Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke, Postfach 50, 4004 Basel, Tel.061/25 22 62





HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens